

Projekt „Verfassungsrat der Kinder und Jugendlichen“

*Zusammenfassung der
Empfehlungen von Kindern
und Jugendlichen an den
Generalsekretär des
Verfassungsrates*

Dezember 2020

Inhaltsverzeichnis

1. Présentation des Projektes „Verfassungsrat der Kinder und Jugendlichen“	3
1.1. Partner und Zielsetzung	3
1.2. Praktischer Ablauf des Projektes.....	3
1.3. Inhalt der Beratungen	3
1.4. Wettbewerb.....	4
1.5. Schlüsselzahlen	4
2. Zusammenfassung der Empfehlungen.....	5
2.1. Allgemeine Ergebnisse	5
2.2. Teilnahme der Kinder und Jugendlichen / Bürgerbeteiligungskommission	7
2.3. Sprachen / Thematische Kommission 1	9
2.4. Ober- und Unterwallis / Thematische Kommission 1.....	10
2.5. Kirchen und Religionsgemeinschaften / Thematische Kommission 1	10
2.6. Grundrechte / Thematische Kommission 2.....	11
2.7. Stimmrecht / Thematische Kommission 3	15
2.8. Aufgaben des Staates / Thematische Kommission 4.....	16
2.9. Neue Technologien / Thematische Kommission 4	17
2.10. Arbeit / Thematische Kommission 4	18
2.11. Natürliche Ressourcen und Klima / Thematische Kommission 5	20
2.12. Mobilität / Thematische Kommission 5	23
2.13. Landwirtschaft / Thematische Kommission 5	24
2.14. Familie / Thematische Kommission 6.....	25
2.15. Gesundheit / Thematische Kommission 6.....	26
2.16. Bildung / Thematische Kommission 6	29
2.17. Kultur, Sport und Freizeitbeschäftigungen / Thematische Kommission 6	32
2.18. Fazit	34
Anhang 1: Beschreibung des ersten Workshops der Jugendlichen	35
Anhang 2: Liste der Fragen, die den Kindern zwischen 5 und 11 Jahren im Rahmen des 2. Workshops angeboten wurden	36
Anhang 3: Liste der Fragen, die den Jugendlichen zwischen 12 und 17 Jahren im Rahmen des 2. Workshops angeboten wurden	38

Das Wesentliche in Kürze

- ✚ Die Meinungen von Kindern und Jugendlichen sollen erfasst und von den Erwachsenen geachtet, anerkannt und ernst genommen werden und wirklichen Einfluss haben.
- ✚ Die Themen Gesundheit, Familie, Schutz des Planeten und Bildung sind in den Augen von Kindern und Jugendlichen von wesentlicher Bedeutung.
- ✚ Die Begriffe Gleichberechtigung und Vielfalt haben für die Älteren einen hohen Stellenwert.

Die zentralen Vorschläge der Kinder und Jugendlichen

✚ Schutz des Planeten

- Verringerung der Plastikverwendung
- Begrenzung der Entwaldung
- Förderung der erneuerbaren Rohstoffe und des Recyclings
- Unterstützung der umweltfreundlichen Mobilität und des ÖPNV
- Herstellung von Elektrofahrzeugen
- Sensibilisierung der Bevölkerung für den Umweltschutz

✚ Schule und Bildung

- Der Unterrichtsinhalt sollte praxisorientierter sein und den Alltag und das Zeitgeschehen stärker einbeziehen.
- Ab der Orientierungsschule oder der Sekundarstufe 2 könnte ein Kurssystem mit frei wählbarer Zusammensetzung eingeführt werden.
- Die Noten sollten einen geringeren Stellenwert haben und die Hausaufgaben verringert oder sogar abgeschafft werden.
- Die neuen Technologien stellen eine Ressource dar, die im Unterricht genutzt werden sollte.

✚ Gesundheit

- Präventions- und Sensibilisierungsmassnahmen sollen eingeführt werden.
- Ein gleichberechtigter Zugang für jeden und jede zur Gesundheitsversorgung und medizinischen Behandlung soll gewährleistet werden.
- Das Krankenhaussystem und die Qualität seiner Leistungen sind verbesserungsbedürftig.

✚ Gleichberechtigung und Vielfalt

- Die Lohngleichheit muss gewährleistet werden.
- Massnahmen zur Bekämpfung von Gewalt und Diskriminierung und zur Förderung von Gleichberechtigung und Vielfalt müssen ergriffen werden.

1. Présentation des Projektes „Verfassungsrat der Kinder und Jugendlichen“

1.1. Partner und Zielsetzung

Das Projekt „Verfassungsrat der Kinder und Jugendlichen“ wird gemeinsam getragen von der Hochschule für Soziale Arbeit HES-SO Valais-Wallis (HETS-VS), dem Fakultätsübergreifenden Zentrum für Kinderrechte (CIDE) der Universität Genf (UNIGE), der Pädagogischen Hochschule Wallis, der Kantonalen Dienststelle für die Jugend, der Dienststelle für Unterrichtswesen und der Sarah Oberson Stiftung. Seine Aufgabe besteht in der Erhebung der Aussagen von Kindern und Jugendlichen, die im Wallis wohnen, damit sie ihre Meinungen über ihre zukünftige Verfassung ausdrücken können, mit der Perspektive, dass diese Auseinandersetzungen vom Verfassungsrat berücksichtigt werden. Eine Gruppe mit der Bezeichnung „Freunde des Kinderverfassungsrates“, die aus fünf Mitgliedern des Verfassungsrates besteht, begleitet die Verwirklichung des Projektes und achtet darauf, dass es mit der Arbeit des Verfassungsrates im Einklang bleibt.

1.2. Praktischer Ablauf des Projektes

Um die Vorschläge der unter 18-jährigen Einwohner des Kantons Wallis zu sammeln, wurden zwischen September und November 2020 71 Beratungen mit Gruppen aus Kindern (ab 5 Jahren) und Jugendlichen durchgeführt. Diese Begegnungen fanden in beiden Sprachregionen des Kantons statt, in schulischen und ausserschulischen Umgebungen. Vor Aufnahme der eigentlichen Beratungen wurden fünf Testberatungen veranstaltet, mit dem Ziel, die Methodologie auszuprobieren und an die Gegebenheiten anzupassen.

1.3. Inhalt der Beratungen

Die Begegnungen wurden von geschulten Referenten geleitet und dauerten ungefähr eineinhalb Stunden. Sie orientierten sich an folgendem Grundgerüst:

Zu Beginn der Begegnung vermittelte ein kurzes Präsentationsvideo den Kindern und Jugendlichen die erforderlichen Informationen über das Projekt und seinen Hintergrund. Unmittelbar nach dem Ende dieser Einführung wurden zwei Aktivitäten in Untergruppen mit 3 bis 6 TeilnehmerInnen angeboten: Eine erste Aktivität, in der die als vorrangig eingestuft Themen auf umfassende Weise gemeinsam erörtert wurden, und eine zweite Aktivität, die spezifischer auf den Inhalt der zukünftigen Walliser Verfassung ausgerichtet war.

In diesem Sinne bestand die erste Aufgabe für jede Gruppe darin, verschiedene Themen (Familie, Rechte und Pflichten, Gesundheit usw.) mithilfe einer zu diesem Zweck vorgesehenen Pyramide in eine Rangfolge zu bringen. In einer zweiten Phase wurden die Kinder und Jugendlichen gebeten, ihre drei vorrangigen Themen in wenigen Worten zu erläutern (siehe Anhang 1).

Bei der zweiten Aktivität erhielten die Kinder und Jugendlichen eine Fragenliste - 10 Fragen zur Auswahl für die 5-11-Jährigen und 17 Fragen für die 12-17-Jährigen (siehe Anhang 2 und 3) -, mit denen sie sich in den Untergruppen auseinandersetzen sollten. Jede einzelne Gruppe wurde gebeten, eine

einzigste Frage auszuwählen - diejenige, von der sich die meisten angesprochen fühlten -, gemeinsam darüber nachzudenken und die aufkommenden Ideen auf einem grossen Flipchart-Bogen aufzuschreiben, zu zeichnen oder schematisch darzustellen. Nach einer Austauschphase in der Gruppe wurden die endgültigen Empfehlungen auf formellere Weise in einem Ad-hoc-Dokument schriftlich festgehalten.

Zum Abschluss jeder Begegnung wurde das Projekt von den TeilnehmerInnen auf der Grundlage von 3 geschlossenen Fragen und einer offenen Frage kurz bewertet.

1.4. Wettbewerb

Parallel zu den ortsgebundenen Beratungen wurde allen Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren, die im Kanton Wallis wohnen, die Teilnahme an einem Wettbewerb angeboten. In diesem Rahmen hatten sie die Möglichkeit, sich durch Schreiben, Zeichnen, Basteln, das Drehen von Videos usw. zu einem der drei folgenden Themen auszudrücken:

- „Das Wallis von heute und morgen, was findest du wichtig für unseren Kanton?“
- „Wie und zu welchen Themen möchtest du, dass Kinder und Jugendliche ihre Meinung äussern können?“
- „Wer sollte die wichtigen Entscheidungen für unseren Kanton treffen? Und wie soll diese Macht organisiert werden?“

Diese Möglichkeit zur Kreativität für die Kinder und Jugendlichen sollte mehr Freiraum für die Meinungsäusserung schaffen und die im Rahmen der Beratungen erhobenen Daten vervollständigen.

1.5. Schlüsselzahlen

Insgesamt konnten 1014 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren bei diesen Beratungen ihre Ideen zum Ausdruck bringen, darunter 245 Kinder zwischen 5 und 11 Jahren und 769 Jugendliche zwischen 12 und 17 Jahren.

51 Begegnungen fanden im schulischen Umfeld statt: 6 in Primarschulen, 22 in Orientierungsschulen und 24 in weiterführenden Schulen (Maturitätsschulen, FMS, Berufsfachschulen und Berufsvorbereitende Schulen, Förderklassen (CSSP)). Im ausserschulischen Umfeld wurden im Rahmen der offenen Jugendarbeit (Freizeitzentren) 11 Beratungen durchgeführt, 4 in den Schülerhorten, 4 in Einrichtungen und 1 im Rahmen des Motivationssemesters des SAH. 8 Beratungen (davon 6 in Freizeitzentren) wurden von den Zuständigen abgesagt, die meisten davon im Zusammenhang mit der Gesundheitskrise und den zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie ergriffenen Massnahmen.

Was die geographische und sprachliche Aufteilung betrifft, machten die Kinder und Jugendlichen aus dem französischsprachigen Wallis 81 % aus und die TeilnehmerInnen aus dem Oberwallis 19 %. Schliesslich fanden 39 Begegnungen in Städten, 12 in Dörfern des Flachlandes und 20 in den Seitentälern statt.

Die Teilnahme am Wettbewerb war gering: 25 Kinder und Jugendliche zwischen 4 und 14 Jahren, die alle im französischsprachigen Wallis wohnen, brachten sich mit Zeichnungen, Bildern und Texten ein -

darunter 18 im Rahmen von Aktivitäten unter der Leitung eines Schülerhortes oder eines Freizeitzentrums.

2. Zusammenfassung der Empfehlungen

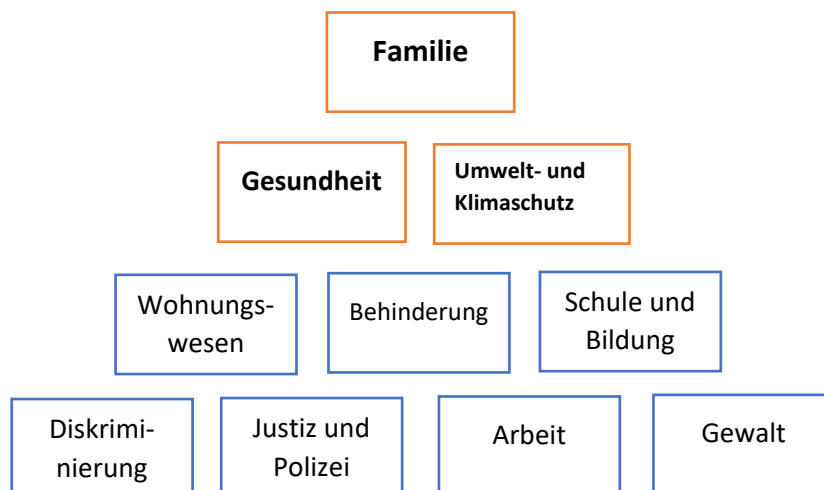
Die im Rahmen der 2 Workshops in den Untergruppen erzielten Ergebnisse sowie die während des Wettbewerbs entstandenen Werke der Kinder und Jugendlichen wurden zusammengefasst. Im Kapitel 2.1 werden sie zunächst allgemein vorgestellt. Anschliessend erfolgt in den Kapiteln 2.3 bis 2.17 eine Zuordnung zu spezifischen Themen in Übereinstimmung mit den Themen, die von den verschiedenen Kommissionen des Verfassungsrates behandelt werden. Die meisten dieser Kapitel beginnen mit einem Infokasten, der die zentralen Aspekte hervorhebt. Das Kapitel 2.2 beleuchtet die Teilnahme der Kinder und Jugendlichen als solche, die den roten Faden des gesamten Projektansatzes bildet.

2.1. Allgemeine Ergebnisse

Erster Workshop

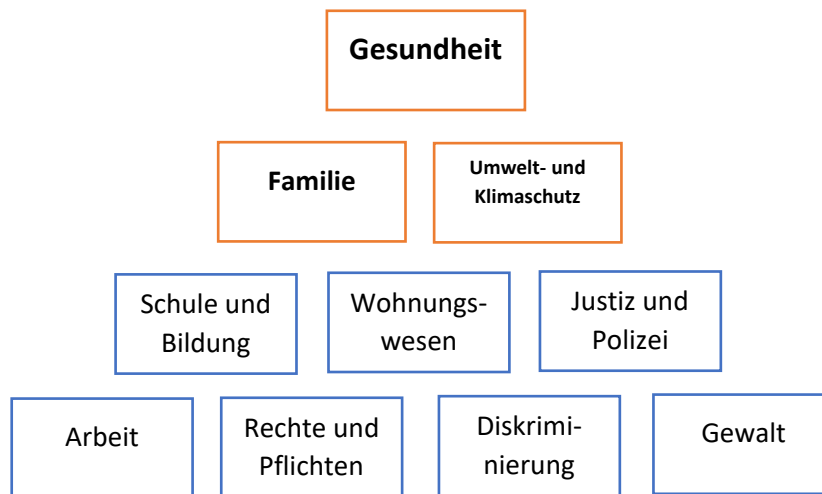
Aus der ersten Gruppenaktivität, in der die Kinder und Jugendlichen die vorgeschlagenen Themen mithilfe einer Pyramide in eine Rangfolge gebracht haben, gehen folgende Aspekte hervor:

Die jüngeren Kinder zwischen 5 und 11 Jahren haben die zentrale Bedeutung der Themen Familie (an erster Stelle), Gesundheit (an zweiter Stelle), und Umwelt- und Klimaschutz (an 3. Stelle) hervorgehoben. Die „Musterpyramide“, die für die Auswahl der meisten jüngeren TeilnehmerInnen repräsentativ ist, könnte deshalb folgendermassen aussehen:



Wichtiger Hinweis: Das Thema Gesundheit liegt mit deutlichem Abstand vor dem Thema Umwelt- und Klimaschutz, auf das unmittelbar das Thema Wohnungswesen folgt.

Die Jugendlichen zwischen 12 und 17 Jahren haben ähnliche Prioritäten gesetzt wie die Kinder, was die 3 ersten Plätze der Pyramide betrifft, aber in Bezug auf die restliche Pyramide teilweise unterschiedliche Interessen geäußert. Ihre „Musterpyramide“ würde folgendermassen aussehen:



Zwischen den Tendenzen des Oberwallis und des französischsprachigen Wallis zeichnen sich leichte Unterschiede ab. In diesem Sinne nimmt die Thematik Schule und Bildung im Oberwallis den 3. Platz ein, was den Umwelt- und Klimaschutz auf den 4. Platz verdrängt.

Wir halten fest, dass eine überwiegende Mehrheit der Kinder und Jugendlichen die drei vorrangigen Themen (Gesundheit, Familie, Klima) als unentbehrliche Voraussetzungen für das Leben und eine hohe Lebensqualität beschreibt. Gesundheit wird assoziiert mit Wohlbefinden, Zugang zu medizinischer Versorgung und mit der Möglichkeit, eine aktive Rolle in der Gesellschaft zu übernehmen, und ein guter Gesundheitszustand wird angesichts der gegenwärtigen Gesundheitskrise höher bewertet. Die Familie wird wahrgenommen als Rückhalt, als Ort der Zuwendung und des Schutzes und als Quelle der Liebe, die zum Leben befähigt. Der Schutz des Planeten bedeutet schliesslich im Allgemeinen die Bewahrung eines hochwertigen Lebensraumes und in weiterem Sinne die Bewahrung des Lebens auf der Erde.

Darüber hinaus wurden parallel zu den 20 Grundthemen, die den Kinder- und Jugendgruppen vorgestellt wurden, weitere Themen, die ihnen wichtig waren, in ihre Pyramiden eingefügt. Dabei wurden von mehreren Untergruppen folgende Themen angesprochen: Frauenrechte (4 Gruppen), Wirtschaft (3 Gruppen), Legalisierung oder Entkriminalisierung von Drogen (2 Gruppen) und Tiere (2 Gruppen).

Zweiter Workshop

Aus der zweiten Aktivität, in deren Rahmens sich die Kinder und Jugendlichen in den Untergruppen mit einer der vorgeschlagenen Fragen auseinandergesetzt haben, ergaben sich folgende Schlüsselaspekte:

Von den 10 Fragen, die die Kinder und die Jugendlichen zur Auswahl hatten, wurde die Frage zum Schutz unseres Planeten mit Abstand am häufigsten ausgewählt¹. 70 Untergruppen haben sich mit

¹ „Müssen wir handeln, um unseren Planeten zu schützen? Warum? Und wenn ja, haben Sie Ideen?“

dieser Frage befasst². Anschliessend folgen³ die Themen Schule und Gesundheit⁴ mit jeweils 33 und 24 Untergruppen.

Von den 7 Fragen, die ausschliesslich den Jugendlichen vorgelegt wurden, stellt Gleichberechtigung und Vielfalt das bevorzugte Thema⁵ dar, das mit 33 Untergruppen eine deutliche Spitzenposition erreichte. An zweiter Stelle: Die neuen Technologien⁶, die 13 Untergruppen angesprochen haben, gefolgt vom Thema Landwirtschaft⁷, das von 12 Untergruppen gewählt wurde.

Wettbewerb

25 Kinder und Jugendliche haben am Wettbewerb teilgenommen. 14 haben sich für die erste Thematik entschieden⁸, 1 für die zweite⁹ und 10 für die dritte¹⁰. Über ihre Zeichnungen und Texte haben von den TeilnehmerInnen, die sich mit dem Wallis von heute und morgen befassten (1. Thematik), 8 die zentrale Bedeutung des Umweltschutzes hervorgehoben, und 5 den hohen Stellenwert der Gesundheit (sowie ihre Sorgen angesichts der aktuellen Gesundheitssituation). Ausserdem wurden weitere Themen aufgegriffen: Freizeitbeschäftigungen, Sicherheit, Schule, Vielfalt, gegenseitige Achtung und Unterstützung. Schliesslich entfaltete ein 14-jähriger Jugendlicher diese Thematik in einem sehr umfassenden Text, der die Themen Tourismus, Verkehrsmittel, Ökologie, Gleichberechtigung, Beziehung zwischen Ober- und Unterwallis oder auch Wirtschaft behandelt.

2.2. Teilnahme der Kinder und Jugendlichen / Bürgerbeteiligungskommission



- Die Meinungen von Kindern und Jugendlichen sollen geachtet, anerkannt, **von den Erwachsenen ernst genommen werden und wirklichen Einfluss haben.**
- Kinder und Jugendliche sollen die Möglichkeit haben, ihre Meinung zu den sie betreffenden Themen und in ihrem Alltag zu äussern.

² Die Anzahl der Untergruppen bezieht sich in der gesamten Zusammenfassung auf 282 Untergruppen (bestehend aus 3 bis 6 Kindern/Jugendlichen), die am Projekt teilgenommen haben, darunter 64 Kindergruppen und 218 Jugendgruppen.

³ „Was sind Sinn und Zweck der Schule? Was sollte Ihrer Meinung nach dort gelernt werden?“

⁴ „Wie kann die Gesundheit geschützt werden? Was wäre zu tun, damit die Menschen gesund bleiben oder werden?“

⁵ „Müssen die Gleichheit von Frauen und Männern und Diversität gefördert werden (Ober- und Unterwallis, Flachland und Gebirge usw.)?“

⁶ „Wie sollte man auf die aufkommenden neuen Technologien reagieren?“

⁷ „Braucht das Wallis Landwirtschaft (z. B. Erzeugung von Obst, Gemüse, Käse oder Tierzucht)? Welcher Art von Landwirtschaft sollte gefördert werden?“

⁸ „Das Wallis von heute und morgen, was findest du wichtig für unseren Kanton?“

⁹ „Wie und zu welchen Themen möchtest du, dass Kinder und Jugendliche ihre Meinung äussern können?“

¹⁰ „Wer sollte die wichtigen Entscheidungen für unseren Kanton treffen? Und wie soll diese Macht organisiert werden?“

Das Interesse der Kinder/Jugendlichen an der Teilnahme am Projekt

Die Teilnahme der Kinder und Jugendlichen am Projekt war im schulischen Rahmen verpflichtend und im ausserschulischen Rahmen freiwillig.

Die mündlichen Bewertungen zum Abschluss jeder Beratung zeigen, dass die überwiegende Mehrheit der TeilnehmerInnen das Projekt sehr interessant fand (59 %) oder interessant (38 %), und dass nur eine kleine Minderheit ungern daran teilgenommen hatte (2 %). Bezüglich der Zufriedenheit der Kinder und Jugendlichen besteht kein nennenswerter Unterschied zwischen den Kindern und Jugendlichen, die im schulischen Umfeld daran teilgenommen haben und jenen, die sich in ihrer Freizeit freiwillig eingebracht haben. Allerdings ist der Zufriedenheitsgrad im deutschsprachigen Wallis niedriger als im französischsprachigen Wallis: Im Oberwallis fanden 38 % der TeilnehmerInnen das Projekt sehr interessant, 60 % interessant und 2 % uninteressant.

Die während der mündlichen Bewertungen von den Kindern und Jugendlichen weitergeleiteten Bemerkungen zeigen, dass Letztere dankbar für die Möglichkeit waren, sich zu einem Thema von solcher Bedeutung zu äussern. Mehrere von ihnen betonten sowohl ihre Hoffnung, dass die eingebrachten Vorschläge vom Verfassungsrat tatsächlich berücksichtigt werden, als auch ihre Befürchtung, dass ihre Ideen nicht wirklich gehört werden. Manche Kinder und Jugendliche wünschen sich allgemein, von den Erwachsenen mehr gehört zu werden.

Das Recht der Kinder/Jugendlichen auf Meinungsäusserung und Gehör

Unter den 10 Fragen für die Kinder und den 17 Fragen für die Jugendlichen befand sich folgende Frage: **„Ist es für Kinder und Jugendliche wichtig, ihre Meinung zu sagen und angehört zu werden? Und wenn ja, von wem?“**. 12 Untergruppen befassten sich mit dieser Frage (davon 7 im Oberwallis).

Die Hälfte dieser Gruppen hat hervorgehoben, dass Kinder und Jugendliche das Recht zur Meinungsäusserung haben sollten, insbesondere über Themen, die sie betreffen (wie z. B. die Jugend), und über ihren Alltag. 8 Untergruppen betonen darüber hinaus, wie wichtig es ist, dass ihre Meinung geachtet, anerkannt und ernst genommen wird und einen wirklichen Einfluss hat. In diesem Sinne wünschen sie sich, dass die Erwachsenen mehr zuhören und sich bemühen, ihren Standpunkt zu verstehen.

Zur Intensivierung ihrer Mitwirkung brachten die Kinder und Jugendlichen verschiedene Ideen ein: 3 Untergruppen schlagen die Einführung von Jugendräten oder Kinderparlamenten vor, in denen ihre Ideen und Vorschläge bearbeitet und umgesetzt werden können.

In Bezug auf die Schule kamen ebenfalls unterschiedliche Ideen auf: Einführung von Politikkursen, in denen das Zeitgeschehen behandelt wird und die das Interesse der Jugendlichen wecken, Einführung von Workshops, in denen Jugendliche sich ausdrücken können, Förderung offener Diskussionen oder auch Durchführung von Untersuchungen und Umfragen.

Ausserdem wird von 4 Untergruppen eine Fernbeteiligung vorgeschlagen, z. B. per Post mithilfe eines offiziellen Ad-hoc-Formulars (wie bei den Volksabstimmungen), durch Bereitstellung eines Briefkastens in jeder Stadt, in dem jeder und jede eine Nachricht hinterlassen kann, oder auch mithilfe eines Online-Portals, über das Jugendliche frei und anonym ihre Meinung ausdrücken und ihre Ideen weiterleiten könnten (oder auf dem die Jugendlichen ihre eigene Verfassung schreiben könnten).

Eine Untergruppe schlägt schliesslich ein Recht für Jugendliche zur Teilnahme an der Gemeinderatssitzung vor, und eine andere die Durchführung von Veranstaltungen, auf denen die Möglichkeit besteht, die eigene Meinung den PolitikerInnen direkt und persönlich mitzuteilen.

Schliesslich betonen die meisten Kinder (6 von 10), die am Wettbewerb teilgenommen und über die Frage, wer die wichtigen Entscheidungen für unseren Kanton treffen sollte, nachgedacht haben, dass jeder und jede die Möglichkeit haben sollte, sich auszudrücken und seine/ihre Meinung mitzuteilen.

2.3. Sprachen / Thematische Kommission 1



- ✚ **Das Erlernen der englischen Sprache - als internationale Sprache - ist ein zentrales Anliegen**
- ✚ Ein Teil der Kinder/Jugendlichen wünscht sich eine Förderung der Landessprachen, während ein anderer den sonstigen europäischen Sprachen oder sogar den aussereuropäischen Sprachen den Vorrang einräumen möchte.
- ✚ Der Fremdsprachenunterricht in der Schule sollte intensiviert und verbessert werden.

Die Sprachthematik wurde den Kindern und Jugendlichen auf der Grundlage folgender Fragen angeboten: „**Sollte es neben Französisch und Deutsch weitere Sprachen geben, die im Wallis gefördert werden (z. B. Italienisch, Portugiesisch usw.)? Welches sind die wichtigsten Sprachen, die gelernt werden sollten?**“. 11 Untergruppen haben ihre Überlegungen auf dieses Thema ausgerichtet, darunter 10 Jugendgruppen und eine einzige Kindergruppe.

Die überwiegende Mehrheit der Jugendlichen äusserte den Wunsch, mehr Sprachen zu erlernen bzw. den Fremdsprachenerwerb zu vertiefen. In diesem Sinne betonten 8 Untergruppen, dass das Erlernen der englischen Sprache - angesichts ihrer Bedeutung für die weltweite Kommunikation - intensiviert werden müsste (z. B. indem früher mit dem Englischunterricht begonnen wird). 5 Untergruppen wünschten sich ausserdem, dass der Schwerpunkt mehr auf die Landessprachen verlegt wird (hauptsächlich auf Italienisch und laut einer Gruppe sogar auf Rätoromanisch und auf die Mundart), während 4 andere den sonstigen europäischen Sprachen oder sogar den aussereuropäischen Sprachen den Vorrang einräumen wollen (hauptsächlich dem Portugiesischen und dem Spanischen, aber auch dem Albanischen und den asiatischen Sprachen usw.), um auf Reisen kommunizieren zu können.

Umgekehrt befürwortet eine Untergruppe die Beschränkung auf Französisch und Deutsch, während zwei den Deutschunterricht gern durch den Englischunterricht ersetzen würden und eine Gruppe die Ansicht vertritt, dass Sprachen wie Portugiesisch nicht angeboten werden sollten.

Nach Ansicht von 3 Untergruppen sollte der Deutsch- oder Französischunterricht für Menschen mit Migrationshintergrund intensiviert werden, um die Kommunikation zu fördern. Eine Untergruppe schlägt ausserdem das Erlernen der Gebärdensprache vor.

Insgesamt sollte die Art des Sprachunterrichtes in der Schule verbessert werden: 5 Untergruppen verlegen den Schwerpunkt von der schriftlichen Vermittlung auf die mündliche Kommunikation (z. B. indem direkt in einer Fremdsprache unterrichtet wird). Darüber hinaus sollten nach Ansicht von zwei

Untergruppen Sprachaustauschaktionen stattfinden. Eine Untergruppe schlägt verpflichtende Austauschprogramme zwischen dem Oberwallis und dem französischsprachigen Wallis vor.

2.4. Ober- und Unterwallis / Thematische Kommission 1

Die Frage zu den Beziehungen zwischen dem Oberwallis und dem französischsprachigen Wallis wurde folgendermassen formuliert: „**Sollten sich die Oberwalliser und Unterwalliser besser kennen lernen? Sollte es mehr Begegnungen geben?**“ und richtete sich ausschliesslich an Jugendliche ab 12 Jahren. Insgesamt stiess diese Thematik auf wenig Interesse bei den TeilnehmerInnen. Im deutschsprachigen Wallis wurde sie von 4 Untergruppen ausgewählt, während sie im französischsprachigen Wallis nur von einer einzigen Untergruppe behandelt wurde. Ein Jugendlicher greift dieses Thema auch im Rahmen seiner Teilnahme am Wettbewerb auf.

Die Jugendlichen, die sich mit den Beziehungen zwischen dem Oberwallis und dem französischsprachigen Wallis befassten, schlugen verschiedene Massnahmen zur Intensivierung der Kommunikation und zur Verbesserung der Verständigung zwischen den beiden Regionen des Kantons vor:

- Verbesserung des Bildungssystems zur Förderung der Kommunikation zwischen dem Oberwallis und dem französischsprachigen Wallis
- Kommunikation mithilfe einer Weltsprache, wie z. B. Englisch
- sprachliche Anpassung der Besucher aus der jeweils anderen Region
- Förderung der Sprachaustauschaktionen zur Verbesserung der Verständigung
- Einführung eines einheitlichen Skipasses für den gesamten Kanton
- Ernennung von Siders zum Hauptort, um eine deutsch-französische Hauptstadt zu haben
- Durchführung gemeinsamer Veranstaltungen zwischen Ober- und Unterwallisern, um das gegenseitige Kennenlernen zu fördern

Weitere Vorschläge sind eher auf mehr Unabhängigkeit für das Oberwallis zur Stärkung seiner Präsenz ausgerichtet:

- Einführung eines eigenen Schulsystems im Oberwallis, das unabhängig vom Schulsystem des Unterwallis ist
- Einführung getrennter Volksabstimmungen/Wahlen im Oberwallis und im Unterwallis

Von den 5 Untergruppen schlugen 3 schliesslich eine vollständige Trennung zwischen dem Oberwallis und dem französischsprachigen Wallis vor, entweder in Form von zwei Halbkantonen oder von zwei unabhängigen Kantonen (oder sogar die Errichtung einer Grenze zwischen den beiden Regionen).

2.5. Kirchen und Religionsgemeinschaften / Thematische Kommission 1

Eine Gruppe hat das Thema Kirchen und Religionsgemeinschaften und ihre Beziehung zum Staat frei gewählt (als Antwort auf die Frage „**Hätten Sie ein Thema vorzuschlagen? Weitere Ideen, die an den Verfassungsrat weiterzuleiten wären?**“).

Bezüglich der Sakralbauten schlugen sie vor, dass diese subventioniert werden, wenn sie als Kulturerbe gelten. In Bezug auf die Steuern wünschen sie sich, dass alle BürgerInnen schriftlich ihre Religion

angeben (bzw. erklären, Atheist(in) zu sein), damit die Steuern ausschliesslich von den Mitgliedern der jeweiligen Konfession bezahlt werden und die eingenommenen Beträge im Verhältnis zur Mitgliederzahl jeder Konfession oder Religionsgemeinschaft umverteilt werden können.

Schliesslich verlangt eine Untergruppe aus Jugendlichen ein Verbot religiöser Symbole in der Schule, da diese ihrer Ansicht nach ein konfessionsfreier Ort sein sollte.

2.6. Grundrechte / Thematische Kommission 2

Besonderer Schutz



✚ Schutzbedürftigen Personengruppen soll ein besonderer Schutz gewährt werden, in erster Linie allen Menschen, die zum Opfer von Gewalt und Misshandlung geworden sind.

5 Untergruppen von Jugendlichen haben sich entschieden, die Frage zu den Grundrechten mit folgendem Wortlaut zu behandeln: „**Soll in der Walliser Verfassung ein besonderer Schutz für bestimmte Personen vorgesehen werden (Kinder, Senioren, Behinderte ...)?**“. Diese Frage wurde zwar allen Altersgruppen vorgeschlagen, stiess aber ausschliesslich bei den Jugendlichen über 14 Jahren auf Interesse.

Sie schlugen einen besonderen Schutz für folgende schutzbedürftige Personengruppen vor:

- Menschen mit Behinderung (die mehr Unterstützung erhalten sollten)
- alte Menschen
- Menschen, die zum Opfer von Misshandlungen durch Pflegekräfte geworden sind (und einen Ort haben sollten, an den sie sich wenden können, um darüber zu sprechen)
- missbrauchte Frauen (die besser geschützt werden sollten und auf ein schnelleres Eingreifen angewiesen sind)
- Obdachlose (für die eine Unterbringungslösung gefunden werden sollte)
- Kinder, die von Mobbing in der Schule betroffen sind (und wissen sollten, wohin sie sich wenden können)
- Tiere (Das Aussetzen eines Tieres sollte durch Bussgelder oder Gefängnisstrafen sanktioniert werden.)
- Kinder, die unter der Gewalttätigkeit ihrer Väter gegenüber ihren Müttern leiden oder selbst von familiärer Gewalt betroffen sind (und einen Ort haben sollten, an dem sie darüber sprechen können)
- Menschen, die von sexueller und/oder häuslicher Gewalt betroffen sind (indem die Täter durch härtere Sanktionen bestraft werden)

In Bezug auf die Kinderrechte wurden von einer Untergruppe folgende Rechte aufgezählt:

- das Recht, Anzeige zu erstatten (bei triftigen Gründen) sowie das Recht, beim Erstellen der Anzeige anonym zu bleiben

- das Recht auf Schutz und Unterstützung in Gewaltsituationen
- ein Mitspracherecht bezüglich der Massnahmen, die im Hinblick auf die Zukunft ergriffen werden (Klima, Gleichberechtigung, usw.)
- das Recht, eine andere Meinung als die Eltern zu haben, das Recht auf Entfaltung der Persönlichkeit und des kritischen Denkvermögens.
- sexuelle Freiheit (innerhalb der bestehenden Regeln) und Religionsfreiheit

Ausserdem wird der Zugang zu medizinischer Versorgung für alle von 2 Untergruppen ebenfalls als ein Grundrecht betrachtet, sowie der Zugang zu Arbeit (und das Recht auf ein 13. Monatsgehalt) von 1 Untergruppe.

Schliesslich wird die Einführung eines Nachwächterdienstes auf den Strassen vorgeschlagen, damit die Bevölkerung sich sicher fühlt.

Gleichberechtigung und Vielfalt



- ✚ In den Augen der Jugendlichen, die am Projekt teilgenommen haben, **stellt Gleichberechtigung ein zentrales Thema dar.**
- ✚ Zahlreiche Massnahmen zur Bekämpfung von Gewalt und Diskriminierung und zur Förderung von Gleichberechtigung und Vielfalt wurden von ihnen vorgeschlagen.
- ✚ **Die Lohngleichheit** steht im Mittelpunkt ihrer Forderungen.

Eine zweite Frage zu den Grundrechten, die ausschliesslich den Jugendlichen vorgeschlagen wurde, lautete folgendermassen: „**Sollen die Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen und die Vielfalt (Ober- und Unterwallis, Flachland und Berge usw.) gefördert werden?**“ Diese Frage, die sich unter den älteren Jugendlichen mit Abstand der grössten Beliebtheit erfreute, wurde von 33 Untergruppen ausgewählt.

Die Thematik der Gleichberechtigung und der Vielfalt wurde verstanden und von einigen Untergruppen umfassend erörtert, während andere sich auf eine bestimmte Bevölkerungsgruppe oder auf eine besondere Problematik konzentrierten. In diesem Sinne assoziierten mehrere Untergruppen von Jugendlichen das Recht auf Gleichberechtigung und Andersartigkeit vor allem mit Frauen (die überwiegende Mehrheit der Gruppen), MigrantInnen (10 Untergruppen), LGBT+-Personen (9 Untergruppen, von denen 3 das Recht auf Ehe und Adoption für alle unterstützten), freier Religionsausübung (3 Untergruppen), Personen, die von familiärer und häuslicher Gewalt sowie von Mobbing betroffen sind (2 Untergruppen), Menschen mit Behinderung (1 Untergruppe) und schliesslich Menschen mit Übergewicht (1 Untergruppe).

Verschiedene Massnahmen zur Bekämpfung von Diskriminierung und Gewalt und zur Förderung der Gleichberechtigung wurden vorgeschlagen.

12 Untergruppen schlagen in diesem Sinne ein härteres Vorgehen gegen Täter vor (rassistische Handlungen und Gewalttaten, diskriminierende Äusserungen), in Form von Bussgeldern oder längeren Freiheitsstrafen. (Eine Untergruppe schlägt sogar die Todesstrafe bei Mord vor.) 4 Untergruppen

betonen in diesem Sinne, dass Pädophile härter bestraft werden sollten (viel härter als Dealer), und 1 Untergruppe vertritt die Ansicht, dass die Polizei die Klagen der Opfer ernster nehmen sollte.

Was die Prävention betrifft, halten 7 Untergruppen diese Möglichkeit für sinnvoll und bestehen auf eine entsprechende Erziehung im schulischen und familiären Umfeld (eine genderneutrale Erziehung unter Achtung der Vielfalt). 1 Untergruppe schlägt verpflichtende Kurse für werdende Eltern vor.

Was die Medien betrifft, schlagen zwei Untergruppen vor, dort die Sichtbarkeit von Minderheiten zu verstärken und ihnen mehr Gehör zu verschaffen. 1 Untergruppe möchte sexistische und rassistische Werbung verbieten, eine respektvolle Darstellung von Frauen und eine genderneutrale Werbung fördern.

Was die Sensibilisierung betrifft, empfehlen 5 Untergruppen die Durchführung von Workshops oder Kursen, z. B. im schulischen Umfeld (über die Gleichberechtigung von Mann und Frau, Homophobie, Achtung der Religionen, Rassismus, genderneutrale Erziehung usw.). Zwei Untergruppen schlagen eine Erörterung dieser Themen in den Medien, in den Unternehmen und im öffentlichen Raum vor, und eine Gruppe empfiehlt die Durchführung von Reportagen zur Sensibilisierung, die Erfahrungsberichte von Opfern beinhalten.

Ausserdem schlagen 2 Untergruppen Gesetzesänderungen vor, z. B. zur Bekämpfung von Cybermobbing oder zur Durchsetzung der Lohngleichheit. Weitere Vorschläge: Gründung von Anlaufstellen für ausgegrenzte Menschen oder Jugendliche mit familiären Problemen, mehr Hilfsangebote für Menschen in schwierigen Situationen (z. B. nach einem Erlebnis von körperlicher Gewalt), Förderung der freien Meinungsäusserung aller, Erweiterung der Begegnungs-, Gesprächs- und Austauschangebote, Verbot der Ausgrenzung von Minderheiten an bestimmten Orten.

Was die Politik betrifft, betonen 3 Untergruppen die Notwendigkeit zur Förderung der Vielfalt. Eine von ihnen erläutert, dass zur Gewährleistung einer regionalen Vielfalt (Bergland, Flachland, Seeregion, Ober- und Unterwallis) eine bestimmte Anzahl an VertreterInnen für jede Region ernannt werden sollte. Eine andere Untergruppe schlägt vor, Versammlungen zu organisieren, um Frauen und MigrantInnen für Wahllisten zu gewinnen.

4 Untergruppen vertreten die Ansicht, dass die Chancen von Frauen, gewählt zu werden und ihre Ideen einzubringen, verstärkt werden müssten (sodass junge Mädchen weibliche Vorbilder in der Politik hätten). In diesem Sinne bestehen die Vorschläge darin, Frauen zur Kandidatur bei Wahlen zu ermutigen (z. B. durch Erfahrungsberichte anderer Politikerinnen), sowie den Anteil der gewählten Frauen in politischen Ämtern auf mindestens 40 % zu erhöhen bzw. auf jeder Wahlliste gleich viele Männer und Frauen aufzustellen.

Ausserdem schlägt eine Gruppe vor, junge Menschen zur Kandidatur bei Wahlen zu ermutigen (z. B., indem Personen über 65 Jahren aufgefordert werden, ihren Platz für Jüngere zu räumen und diese zu unterstützen).

Was die Arbeitswelt betrifft, bezieht sich die Hauptforderung der Jugendlichen, die sich mit dieser Frage befasst haben, auf die Lohngleichheit, die von 29 Untergruppen gefordert wurde. 6 von ihnen vertreten die Ansicht, dass alle Lohnungleichheiten (Ungleichheiten gegenüber Frauen, LGBT+, AusländerInnen usw.) abgeschafft werden sollten. 22 Gruppen bestehen auf die Lohngleichheit zwischen Männern und Frauen (bei vergleichbaren Kompetenzen und Qualifikationen). 6 von ihnen schlagen in diesem Sinne vor, die Unternehmen zu kontrollieren und die Verantwortlichen dieser Ungleichheiten zu sanktionieren, und eine letzte Untergruppe ist der Ansicht, dass Arbeitnehmer die

Möglichkeit haben müssten, ihren Arbeitgeber zu verklagen. Eine Untergruppe besteht ausserdem auf die Lohngleichheit zwischen Schweizern und MigrantInnen.

Ebenfalls in Bezug auf die Arbeitswelt schlagen die Jugendlichen vor, dass der Zugang zu Arbeitsplätzen für alle offen sein sollte. In dieser Hinsicht bestehen 2 Untergruppen auf den Zugang zur Arbeit für jeden und jede, unter Achtung der Vielfalt (MigrantInnen, Menschen mit Behinderung, junge Menschen, alte Menschen usw.), und 7 Untergruppen betonen die Notwendigkeit der Überwindung von Geschlechterstereotypen. Darüber hinaus wünschen sich 3 Untergruppen, dass Frauen unterstützt werden, um Zugang zu verantwortungsvollen Positionen zu erhalten, und nach Ansicht von 2 anderen sollten die Kompetenzen von Frauen mehr Anerkennung erhalten. 2 Untergruppen verteidigen ebenfalls die Verlängerung des Vaterschaftsurlaubs (von denen sich eine Untergruppe wünscht, dass er ebenso lange dauert wie der Mutterschaftsurlaub). Noch zwei weitere Empfehlungen kristallisieren sich in diesem Bereich heraus: Studienzeiten im Ausland sollten nicht abgewertet werden, und Diskriminierung und Belästigung am Arbeitsplatz sollten verboten werden.

Was die Kleiderordnung betrifft, bestehen 9 Untergruppen auf die freie Auswahl des Bekleidungsstils (im schulischen und beruflichen Umfeld), insbesondere für Frauen. 4 von ihnen erläutern, dass jede Frau die Möglichkeit haben sollte, sich nach ihrem Geschmack zu kleiden, ohne dass dies als Aufforderung zur Gewalt oder zur Vergewaltigung wahrgenommen wird oder Bemerkungen hervorruft. 1 Untergruppe schlägt die Aufhebung der Trennung zwischen den Herren- und Damenabteilungen in den Bekleidungsgeschäften vor.

Was die Gleichberechtigung von Männern und Frauen betrifft, wurden darüber hinaus folgende Vorschläge eingebracht: Die kostenlose Bereitstellung von Hygieneartikeln (bzw. dass der Staat Frauen Geld gibt, damit sie sich welche kaufen können), die Senkung des Preises von Verhütungsmitteln, die Verpflichtung zum Militärdienst für Männer wie für Frauen (oder die Einführung des freiwilligen Militärdienstes für jeden und jede), die Abschaffung der Frauenparkplätze (oder die Einführung von Männerparkplätzen), die Gründung von Selbsthilfegruppen für Frauen, die Anwendung der genderneutralen Sprache in der Verfassung und in den amtlichen Texten und schliesslich die Einführung von Schnuppertagen für verschiedene Sportarten, um den Zugang zu den typischen „Mädchen“- oder „Buben“-Sportarten für jeden und jede zu fördern.

Zum Abschluss erwähnt ein Jugendlicher, der sich im Rahmen des Wettbewerbs mit der Gegenwart und der Zukunft des Kantons Wallis befasst hat, dass es wichtig sei, dass die Einwohner der Seitentäler mehr geachtet und angehört würden, und ein anderer Jugendlicher drückt seine Vision von Gleichberechtigung und Vielfalt folgendermassen aus:

„Die Stellung der Frau in der wallisischen Gesellschaft ist immer noch verbesserungsbedürftig. Damit Frauen wirklich gleichberechtigt sind, müssen sie genauso bezahlt werden wie Männer, wenn sie für einen identischen Arbeitsplatz dieselbe Ausbildung und denselben beruflichen Werdegang vorweisen können. Es sollte mehr Kampagnen gegen häusliche Gewalt und sexistische Äusserungen oder Handlungen geben. Insbesondere der Frauenanteil in den verschiedenen Gemeinderäten / im Grosse Rat sollte ausgeglichener sein. Ich wünsche mir ausserdem, dass AusländerInnen und Menschen mit anderer Hautfarbe dieselben Rechte und Chancen haben wie wir. Wir sind alle gleich, wir sind alle Menschen, und dass gewisse Personen glauben, die eine oder die andere Hautfarbe gestatte ihnen rassistische Äusserungen, bloss weil sie sich überlegen fühlen, darf im Jahr 2020 nicht mehr vorkommen. Dafür muss sich der Kanton mehr einsetzen (sensibilisieren, Polizeikontrollen...)“

2.7. Stimmrecht / Thematische Kommission 3



- ✚ **Das Stimmrechtsalter sollte gesenkt werden** (auf 10 oder 12 Jahre nach Ansicht der jüngeren Kinder und auf 16 Jahre nach Ansicht der Jugendlichen).
- ✚ Die in der Schweiz lebenden AusländerInnen sollten unter bestimmten Bedingungen das Stimmrecht bekommen.

10 Untergruppen interessierten sich für die Frage nach dem Stimmrecht, darunter 6 Jugendgruppen und 4 Kindergruppen. Als Grundlage ihrer Überlegungen diente folgende Frage: „**Wer sollte das Recht haben, abzustimmen, zu wählen und gewählt zu werden?**“.

Was das Stimmrechtsalter betrifft, zielen alle Empfehlungen der Kinder und Jugendlichen auf eine Senkung des gesetzlich vorgesehenen Alters ab. Die jüngeren Kinder (von 7 bis 11 Jahren) schlagen ein Stimmrecht ab 10 Jahren bzw. ab dem Eintritt in die Orientierungsschule vor (wobei eine Gruppe erläutert, dass ab dem Alter von 7 Jahren die Möglichkeit bestehen sollte, die Einrichtung eines Parks zu verlangen). Die Jugendlichen sind sich in ihrem Wunsch nach einer Senkung des Stimmrechtsalters auf 16 Jahre einig (wobei eine Gruppe die Unterschrift des Erziehungsberechtigten auf dem Stimmzettel als erforderlich betrachtet).

Auf die Frage nach dem Mindestalter für das aktive und passive Wahlrecht bestehen die Vorschläge in einem aktiven Wahlalter von 14 oder 15 Jahren und in einem passiven Wahlalter von 18 Jahren (bzw. bei zwei Untergruppen von 20 Jahren für das Amt des Präsidenten oder des Vize-Präsidenten).

Das Stimmrecht für Ausländer und Ausländerinnen wird von allen Untergruppen befürwortet, doch bezüglich der Bedingungen für die Gewährung dieses Rechts gehen die Meinungen auseinander. Folgende Vorschläge wurden eingebracht:

- Aufrechterhaltung des aktuellen Systems, das sich bewährt hat
- individuelle Behandlung der Situation von Ausländern und Ausländerinnen, die seit 10 Jahren in der Schweiz leben oder seit 5 Jahren verheiratet sind
- Gewährung des Stimmrechtes für alle Ausländer und Ausländerinnen, wenn sie tatsächlich in der Schweiz leben und sich nicht nur vorübergehend hier aufhalten (z. B. als Touristen)
- Gewährung des Stimmrechtes für alle Ausländer und Ausländerinnen, die in der Schweiz leben, eine Erwerbstätigkeit ausüben und beabsichtigen, in der Schweiz zu bleiben
- Gewährung des Stimmrechtes für alle Ausländer und Ausländerinnen, die in der Schweiz geboren sind oder seit 10 Jahren in der Schweiz leben
- Gewährung des Stimmrechtes für alle Ausländer und Ausländerinnen, die seit mindestens 3 Jahren in der Schweiz leben

Die Frage, ob Ausländer und Ausländerinnen das passive Wahlrecht erhalten sollen, wurde von zwei Untergruppen mit Ja beantwortet, wobei eine von ihnen dieses Ja an die folgende Bedingung knüpfte: Die Betroffenen müssen mindestens 6 Jahre lang in der Schweiz gelebt haben und gültige Papiere vorweisen können.

Im Hinblick auf den Entzug des Stimmrechtes wurden folgende Empfehlungen ausgesprochen: Das Stimmrecht sollte psychisch unzurechnungsfähigen Personen entzogen werden, sowie Menschen über 70 oder 80 Jahren (damit alte Menschen nicht über die Zukunft der Jugend entscheiden).

Schliesslich wurden noch weitere Vorschläge zum Thema Volksabstimmungen und Stimmrecht eingebracht:

- Aufstellung einer Gruppe aus Jugendlichen zwischen 16 und 19 Jahren mit der Aufgabe des Entwurfs von Gesetzen für Kinder und Jugendliche, über die allein von diesen abgestimmt werden kann
- Übersetzung der Abstimmungsunterlagen auf Englisch, Deutsch, Portugiesisch und Italienisch für Ausländer und Ausländerinnen
- Zulassung von Menschen mit Behinderung zur Abstimmung und bessere Erklärungen zu den Herausforderungen der Abstimmungen für sie
- Abschaffung der Plakate, die das Abstimmungsverhalten der Bevölkerung beeinflussen
- aktive Präsenz in den sozialen Netzwerken (Instagram), um Jugendliche für Politik zu begeistern
- Einführung der elektronischen Stimmabgabe als einzige Möglichkeit, um den Verkehr zu verringern und eine schnellere Auszählung der Stimmen zu ermöglichen

2.8. Aufgaben des Staates / Thematische Kommission 4

Das Thema Staat, das sich ausschliesslich an die Jugendlichen richtete, wurde auf der Grundlage der folgenden Frage präsentiert: „**Wozu dient der Staat und was muss er leisten?**“¹¹. Nur 3 Untergruppen haben sich mit dieser Frage befasst (alle aus dem französischsprachigen Wallis), und ihrer Ansicht nach sollte der Staat folgende Verpflichtungen übernehmen:

- Beitrag zum Umweltschutz (Besteuerung der Unternehmen, die die Umwelt belasten, Besteuerung von Benzin, Förderung des ÖPNV, Bewahrung der unberührten Natur und der wild lebenden Tiere usw.)
- Steuerung der Wirtschaft: Haushalt (Kultur, Bildung, Justiz, Umwelt, Gesundheit), Steuern, Gebühren
- Gewährleistung der Einhaltung der Rechte (Gesundheit, Sicherheit, Bildung) und Pflichten (Bürgersinn usw.)

Ausserdem haben die Untergruppen folgende Verbesserungen vorgeschlagen:

- Einführung besserer Anlagen für Personen mit eingeschränkter Mobilität
- schnellere Entscheidungsfindung (z. B. im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie)
- Verbesserung der medizinischen Ausstattungen und der Geschwindigkeit der medizinischen Versorgung
- Begrenzung der Errichtung unbewohnter Häuser und Hütten, sowohl an den Bergstationen als auch in den Städten

¹¹Eine Erläuterung des Begriffes Staat war darin ebenfalls enthalten: „Der Staat ist die Gesamtheit der Organe und Personen, die den Kanton Wallis regieren und die wichtigsten Entscheidungen treffen.“

2.9. Neue Technologien / Thematische Kommission 4



- ✚ Die Entwicklung neuer Technologien muss gefördert werden, wenn diese einem **ethischen Ziel** dienen.
- ✚ Schulungsprogramme müssen eingeführt werden, damit die Bevölkerung mit der Nutzung der neuen Technologien vertraut wird und für ihre Gefahren sensibilisiert wird.
- ✚ Die Nutzung digitaler Tools in den Schulen muss intensiviert werden.

Das Thema neue Technologien wurde ausschliesslich den Jugendlichen ab 12 Jahren angeboten. 13 Untergruppen befassten sich mit dieser Thematik, auf der Grundlage folgender Frage: „**Wie sollte man auf die aufkommenden neuen Technologien reagieren?**“.

Nach Ansicht der Jugendlichen sollten Technologien gefördert und weiter entwickelt werden, wenn sie folgenden Zielen dienen:

- Schutz der Umwelt und Einschränkung der Nutzung fossiler Energie (z. B. durch die Entwicklung von umweltschonenderen Autos oder Elektrobussen)
- Lebensrettung und Unterstützung der Medizin
- Unterstützung von Menschen mit Behinderung in ihrem Alltag (für eine bessere Lebensqualität)
- Anregung und Entwicklung der Kindererziehung
- Weiterentwicklung der Arbeitswelt und Vereinfachung gefährlicher Tätigkeiten
- Entwicklung erneuerbarer und toroidaler Energiequellen
- Verstärkung der öffentlichen Sicherheit (mehr Sicherheit für die Bevölkerung, im Strassenverkehr und in Bezug auf den Datenschutz)
- Entwicklung autonomer Fahrzeuge (zur Begrenzung von Verkehrsstaus und Unfällen und Entlastung von Menschen, die nicht Auto fahren können oder wollen)
- Verbesserung aktueller Projekte (statt der Entwicklung neuer Projekte im Sinne eines kapitalistischen Wachstums)

Ebenso sollte die Technologie auf lokaler Ebene gefördert werden. Andererseits sollten der künstlichen Intelligenz und den militärischen bzw. gefährlichen Technologien Einschränkungen auferlegt werden.

Was die Informatik betrifft, und insbesondere das Internet, brachten die Jugendlichen folgende Vorschläge ein:

- Förderung der Nutzung digitaler Tools in der Schule zur Verringerung des Papierverbrauchs (vorgeschlagen von 3 Untergruppen)
- Ablehnung eines zentralisierten Informatiksystems zur Vermeidung eines Monopols der Privatunternehmen und zur Aufrechterhaltung der staatlichen Kontrolle über ihr Handeln
- Beschränkung des Zugangs zu bestimmten Internetseiten für Kinder
- Beschränkung unangebrachter Äusserungen in den sozialen Netzwerken (und Sanktionierung von Fehlverhalten)
- Prävention gegen die Abhängigkeit von der Nutzung sozialer Netzwerke und von Videospiele und Sensibilisierung für Gewalt im Netz

- Einführung einer Rückverfolgung des Suchverlaufs im Internet, um den Abruf illegaler Seiten zu verhindern
- Förderung der Internet-Netzerweiterung und Bereitstellung von „Internet-Hotspots“ innerhalb des G4-Netzes durch den Staat

Was den Datenschutz betrifft, bringen die Jugendlichen ausserdem folgende Empfehlungen ein:

- Daten sollen vertraulich behandelt und geschützt werden. (Nur die Polizei und die Justiz sollten im Rahmen von Ermittlungen darauf Zugriff haben.)
- Eltern sollten als Einzige berechtigt sein, die Aktivitäten ihrer Kinder im Internet mitzuverfolgen.
- Der Staat sollte ein verlässliches Virenschutzprogramm einführen, das zu einem günstigen Preis erworben werden kann (d. h. für alle erschwinglich ist).
- Die Rückverfolgung der Daten auf Mobiltelefonen sollte verboten sein.

6 Untergruppen betonen die Notwendigkeit der Einführung von Schulungen, damit die Bevölkerung - und insbesondere die Jugend - den richtigen Umgang mit den neuen Technologien erlernt und für ihre Gefahren sensibilisiert wird. Hierfür schlagen sie Kurse vor (wie z. B. einen Kurs zur Prävention gegen Cyberangriffe oder Cybermobbing oder einen Kurs zur Vermittlung technischer Kenntnisse), die entweder im Rahmen der Pflichtschule stattfinden oder von Betreuern der offenen Jugendarbeit angeboten werden. Eine der Gruppen schlägt ausserdem die Einführung von Kursen für alte Menschen vor (z. B. in den Seniorenheimen).

2.10. Arbeit / Thematische Kommission 4



- ✚ Die Gehälter sollten erhöht und besser an die verschiedenen Berufe angepasst werden.
- ✚ Die Anzahl der Arbeitsstunden sollte begrenzt und kontrolliert werden.
- ✚ Massnahmen zur Verstärkung des Schutzes von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen sollten ergriffen werden.

Das Thema Arbeit, das sich ausschliesslich an Jugendliche über 12 Jahren richtete, wurde von 9 Untergruppen ausgewählt. Die Fragen, die ihren Überlegungen als Grundlage dienten, lauteten so: **„Sind Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen ausreichend geschützt (z. B. vor Berufskrankheiten)? Wenn nicht, wie sollten sie geschützt werden?“**.

Nach Ansicht von 5 Untergruppen von Jugendlichen sollten die Gehälter nach oben korrigiert und besser angepasst werden (entweder unter Berücksichtigung der Ausbildung oder der geleisteten Arbeit, z. B. eine bessere Bezahlung für anstrengende oder gefährliche Tätigkeiten oder für Berufe des sozialen Bereichs).

Ausserdem sollte nach Ansicht von 3 Untergruppen die Anzahl der geleisteten Arbeitsstunden begrenzt und kontrolliert werden (z. B. durch Festlegung einer Stundenschwelle pro Tag, die nicht überschritten

werden darf, indem der Arbeitstag später begonnen wird oder indem die Anzahl der Feiertage erhöht wird), und dies, um Burnout oder Arbeitsunfälle aufgrund von Müdigkeit zu verhindern.

Mehrere darüber hinausgehende Vorschläge zum besseren Schutz der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen wurden eingebracht.

- Zur Vermeidung von Burnout und Depressionen aller Art sollten ihnen Psychologen zur Seite gestellt werden (mehr Beratung und Unterstützung).
- Der Staat sollte Unternehmen mit Schutzausrüstung versorgen oder diese Utensilien subventionieren.
- Die Schutzmassnahmen auf Baustellen sollten verstärkt werden.
- Der Staat sollte sich vergewissern, dass die Vorschriften in Bezug auf Arbeitsstunden, Pausenzeiten oder auch auf die Obergrenzen beim Tragen schwerer Lasten von den Unternehmen eingehalten werden.
- Auszubildende sollten ordnungsgemäss ausgebildet, von ihrem Arbeitgeber gut behandelt werden und angemessene Arbeitsbedingungen haben.
- Der Staat sollte kontrollieren, ob alle Unternehmen ihre Beschäftigten angemessen bezahlen, unter Berücksichtigung ihrer Ausbildung und Abschlüsse (zur Vermeidung von Benachteiligung aufgrund der äusseren Erscheinung, der sexuellen Orientierung usw.).
- Arbeitnehmer wie Arbeitgeber sollten besser gegen Arbeitsunfälle oder Krankheiten versichert sein (mehr Behandlungsmöglichkeiten und das Recht auf eine zweite ärztliche Meinung). Diese bessere Vorsorge sollte jedoch nicht zu einer Erhöhung der Lohnabzüge führen.
- Eine Strategie zur Verringerung der Arbeitslosenquote und zur Erleichterung der Stellensuche für gut ausgebildete Personen sollte eingeführt werden.
- Die Hygienemassnahmen in den Krankenhäusern sollten intensiviert werden, um eine Ansteckung des Personals zu vermeiden.

Schliesslich wurden weitere Ideen geäussert:

- Erweiterung des Angebots an Arbeitsplätzen für Menschen in schwierigen Lebenssituationen
- Arbeitspflicht für Ausländer und Ausländerinnen, die seit 3 Monaten in der Schweiz leben
- Begrenzung der Anzahl an Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen pro Sektor (z. B. in den Sektoren Gastronomie oder Gesundheit)
- Förderung von Arbeitsstellen in der Nähe des Wohnsitzes zur Verringerung der Umweltbelastung
- Imageverbesserung der unentbehrlichen kleinen Gewerbebetriebe (lokale Geschäfte, Kioske usw.)

2.11. Natürliche Ressourcen und Klima / Thematische Kommission 5



- ✚ In den Augen der Kinder und Jugendlichen, die am Projekt teilgenommen haben, **ist der Umweltschutz von zentraler Bedeutung.**
- ✚ Eine grosse Bandbreite an Massnahmen wurde vorgeschlagen, und die wichtigsten werden nachfolgend aufgezählt:
 - **Verringerung der Plastikverwendung**
 - **Begrenzung der Entwaldung**
 - Förderung der erneuerbaren Rohstoffe und des Recyclings
 - Unterstützung der umweltfreundlichen Mobilität und des ÖPNV
 - Herstellung von Elektrofahrzeugen
 - Sensibilisierung der Bevölkerung für den Umweltschutz

Das Thema Schutz des Planeten erfreute sich mit Abstand der grössten Beliebtheit bei den Kindern und Jugendlichen. Es wurde tatsächlich von 70 Untergruppen von 282 (d. h. von einem Viertel) ausgewählt, darunter 36 Untergruppen von Kindern und 34 Untergruppen von Jugendlichen. Folgende Fragen regten die Auseinandersetzung der TeilnehmerInnen an: „**Müssen wir handeln, um unseren Planeten zu schützen? Warum? Und wenn ja, haben Sie Ideen?**“.

Die Kinder - hauptsächlich die jüngsten unter ihnen - erwähnten mitunter einfache Beispiele für verantwortungsbewusstes Handeln im Alltag: keine Abfälle auf den Boden, ins Meer und in die Ozeane werfen (und die Abfälle, die man findet, aufheben, um sie in den Kehrichtimer zu werfen), keine Nahrungsmittel auf den Boden werfen, daran denken, den Wasserhahn abzudrehen und das Licht auszuschalten, kein Feuer in der Natur machen, den Bäumen Wasser geben, Tiere nicht aufschrecken, Abfälle sortieren und Lebensmittelreste kompostieren, weniger Papier, Strom, Wasser und Nahrung verschwenden, bewusst einkaufen (Einkauf von lokalen Erzeugnissen und von Produkten ohne Palmöl), die umweltfreundliche Mobilität und das Carsharing bevorzugen, Auto- und Flugreisen vermeiden, weniger Fleisch und Fisch verzehren, frische Produkte aus dem Garten und Obst und Gemüse der Saison aus lokaler Erzeugung essen, im Freien spielen, wiederverwertbare Stofftaschen verwenden und auf Plastiktüten verzichten, kein Plastik kaufen, weniger Mobiltelefone kaufen, gut erhaltene Gebrauchtgegenstände verkaufen anstatt sie wegzuworfen, wieder einpflanzbare Weihnachtsbäume verwenden oder auch die Ideen von Greta Thunberg beachten und anwenden.

Was die Abfallentsorgung betrifft, wurden sowohl von den jüngeren Kindern als auch von den älteren verschiedene Vorschläge eingebracht. Die Sanktionierung von Personen, die Abfälle (oder Zigarettenkippen) auf den Boden oder in den Wald werfen, durch Bussgelder wurde von 10 Untergruppen unterstützt, die Einrichtung neuer Sortieranlagen von 3 Untergruppen, das Aufstellen von zusätzlichen öffentlichen Kehrichteimern (in den Städten und in der Natur), Trenneimern und Aschenbechern von 9 Untergruppen. 2 Untergruppen wünschen sich, dass die Haushalte zur Abfalltrennung verpflichtet werden (und sogar zur Einführung eines Bioabfalleimers), eine Untergruppe schlägt vor, jeder Familie einen Trenneimer zur Verfügung zu stellen, und eine weitere möchte den Preis von Kehrichtsäcken erhöhen.

Die Förderung der erneuerbaren Rohstoffe und des Recyclings wurden von 20 Untergruppen erwähnt, und Massnahmen zur Verringerung oder Ersetzung von Plastik (wie z. B. das Verbot von Plastiktüten oder Trinkhalmen, die kostenlose Bereitstellung von Papiertüten oder Stofftaschen, die Unterstützung verpackungsfreier Geschäfte bzw. die Verringerung von Verpackungen in den Geschäften durch Einführung von Gebühren auf deren Verkauf und Kauf oder von Quoten werden von 24 Untergruppen gefordert. 1 Untergruppe von Kindern wünscht sich die Entwicklung einer Maschine, die Müll einsaugen und zu Spielzeug recyceln kann

Was die Energieerzeugung betrifft, betonen 16 Untergruppen von Jugendlichen die Notwendigkeit zur Förderung erneuerbarer Energien (z. B., indem die Anschaffung von Solarmodulen subventioniert wird oder indem die Leute zu deren Einbau verpflichtet werden, durch die Errichtung zusätzlicher Windkraftanlagen oder durch das Verbot von Kernenergie), und 1 Untergruppe möchte die Erforschung weiterer erneuerbarer Energiequellen vorantreiben.

Was die Verkehrsmittel betrifft, vertreten 19 Untergruppen die Ansicht, dass Anreize geschaffen werden müssen, um die Bevölkerung zur Bevorzugung der umweltfreundlichen Mobilität und des ÖPNV zu motivieren, z. B. durch die Senkung der ÖPNV-Tarife oder durch kostenlose Bereitstellung des ÖPNV im 2-Wochen-Turnus, durch die Erhöhung des Benzinpreises, durch die Erweiterung des Fahrradwegenetzes oder auch durch das Verbot der Nutzung des Autos oder des Flugzeugs für Kurzstrecken. Nach Ansicht von 19 Untergruppen sollten die Herstellung und der Kauf von Elektrofahrzeugen anstelle von benzinbetriebenen Fahrzeugen gefördert werden, z. B. durch Subventionierung des Kaufs eines solchen Fahrzeugs oder durch Erweiterung des Angebots an Ladestationen. (Im Gegensatz dazu spricht sich eine Untergruppe wegen der umweltschädlichen Batterien gegen die Herstellung von Elektrofahrzeugen aus.) 12 Untergruppen vertreten die Ansicht, dass die Forschung unterstützt werden muss, um die Entwicklung umweltschonender Fahrzeuge voranzutreiben.

Darüber hinaus wurden weitere Vorschläge eingebracht: Einbau von Auspuff-Filtern, Herstellung von Solarfahrzeugen, Verbot oder Besteuerung umweltbelastender Fahrzeuge, Einführung von Fahrverboten zu bestimmten Tageszeiten oder auch eines autofreien Tages im Jahr.

Mehrere Untergruppen von Kindern und Jugendlichen haben ausserdem Massnahmen für den Produktionssektor vorgeschlagen. In diesem Sinne wünschen sich 12 Untergruppen die Begrenzung der Umweltbelastung durch Fabriken und Unternehmen (z. B. durch die Verpflichtung zum Einbau eines Partikelfilters in Schornsteinen, die Verringerung der Anzahl an Fabriken oder die Einführung von Gebühren). 12 Untergruppen wünschen sich ausserdem eine Unterstützung für kleine Geschäfte auf lokaler Ebene (z. B. durch staatliche Subventionen) und eine Verringerung des Imports und Exports (z. B. durch Besteuerung der Waren an der Grenze oder durch das Importverbot für Lebensmittel aus schweizerischer Produktion sowie das Verbot des Warentransports mit dem Flugzeug). 1 Untergruppe schlägt die Förderung von Second-Hand-Geschäften durch Werbung vor, und eine weitere möchte die Entwicklung neuer Technologien und die Produktion neuer Gegenstände begrenzen.

Was die Agrarproduktion betrifft, wünscht sich eine Untergruppe das Verbot des Einsatzes von Sulfaten im Weinanbau, eine andere schlägt die Unterstützung der biologischen Landwirtschaft und die maximale Begrenzung des Einsatzes von Pestiziden vor, und eine weitere Untergruppe möchte Imker subventionieren, um sie zur Anwendung ökologischer Verfahren zu ermutigen.

Was die Pflanzenwelt betrifft, möchten 24 Untergruppen die Entwaldung begrenzen, um die natürlichen Lebensräume zu schützen (z. B. durch Neuanpflanzung von Bäumen oder Beschränkung des Papierverbrauchs in den Schulen). 8 Untergruppen wünschen sich mehr Grünanlagen und baumbestandene Flächen in den Städten und Dörfern, 1 Untergruppe schlägt die Einrichtung von

Schutzgebieten vor, eine andere die Einführung eines vorgeschriebenen Mindestanteils an begrünten Flächen pro km², eine dritte möchte die Artenvielfalt fördern, eine vierte wünscht sich die Einführung von Gemeinschaftsgärten, eine fünfte möchte den Eingriff des Menschen in die Natur verringern, und eine letzte Untergruppe möchte begrünte Gebäudedächer fördern.

Was die Tierwelt betrifft, legen 12 Untergruppen Wert auf ihren Schutz (d. h. Schutz der vom Aussterben bedrohten Tierarten, Sicherung von Grünbrücken, Schaffung von Zufluchtsstätten, Schutz des Lebensraumes, Sanktionierung von Misshandlung, Einrichtung von Insektenhotels, Verbot von Zoos usw.). Darüber hinaus schlagen 9 Untergruppen vor, weniger Tiere zu töten (z. B. durch Begrenzung oder Verbot der Jagd, Sanktionierung von Wilderern oder Verringerung der Schlachthöfe).

Der Gewässerschutz (Bewahrung von Seen, Flüssen, Meeren und Ozeanen und Begrenzung des Wasserverbrauchs) wurde von 8 Untergruppen ebenfalls angesprochen, sowie die Begrenzung der Luftverschmutzung und der Lichtverschmutzung von 1 Untergruppe.

Im Hinblick auf eine saubere Umwelt betonen 6 Untergruppen die Notwendigkeit einer Reinigung unseres Kantons, sei es in Form einer punktuellen umfassenden Reinigungsaktion der Naturräume (Seen, Almen, Wälder) oder in Form von regelmässigen Reinigungsmassnahmen in den Städten und Dörfern.

Insgesamt vertreten 13 Untergruppen schliesslich die Ansicht, dass die Bevölkerung für den Umweltschutz sensibilisiert werden sollte, dass mehr Präventionsmassnahmen ergriffen werden sollten und die Kinder entsprechend erzogen werden sollten (durch die Medien, die Schule und die Familie). 12 Untergruppen betonen die Notwendigkeit, Umweltsünder zu sanktionieren oder ihnen Bussgelder aufzuerlegen, und 3 weitere Untergruppen wünschen sich, dass Umweltschutzaktionen unterstützt und subventioniert werden.

Darüber hinaus wurden weitere Ideen zu diesem Thema eingebracht: Begrenzung der CO₂-Emissionen durch entsprechende Vorschriften, der Kanton soll seine CO₂-Bilanz verringern, Errichtung von Elektrizitätswerken entlang der Rhône, Nutzung der Informatik in der Schule, um Papier zu sparen, Nutzung ökologischer Materialien bei der Herstellung von Kleidung, Verringerung des Wohnungsbaus (da viele Wohnungen leer stehen), Bereitstellung von Kehrriechsäcken aus Stoff, die bei der Gemeinde abgegeben werden können, Verpflichtung zur Produktion von 50 % grüner Energie bei Renovierung oder Neubau von Häusern, Entwicklung der Telearbeit zur Verringerung des Verkehrs, Einbeziehung der Wirtschaft in den Umweltschutz, Förderung des lokalen Tourismus, Verbot von Hubschraubertransporten und Erarbeitung von Lösungen zur Vermeidung der Lebensmittelverschwendung in Hotels und Restaurants.

Ausserdem wollen wir darauf hinweisen, dass von den 14 Kindern und Jugendlichen, die sich im Rahmen des Wettbewerbs mit der ersten Frage der Auswahl befassten¹², 8 die zentrale Bedeutung des Umweltschutzes betont haben und die in den vorausgehenden Abschnitten erläuterten Ideen teilen.

¹² „Das Wallis heute und morgen, was ist dir für unseren Kanton wichtig?“ - siehe Kapitel 2.1.

2.12. Mobilität / Thematische Kommission 5



- ✚ Nur wenige Untergruppen von Kindern und Jugendlichen haben sich direkt für die Frage zur Mobilität interessiert.
- ✚ Die meisten von ihnen weisen darauf hin, **dass die Frage zur Mobilität mit der Umweltproblematik verknüpft werden sollte.**
- ✚ Das ÖPNV-Angebot sollte erweitert werden.
- ✚ Elektrofahrzeuge sollten bevorzugt werden.

Das Thema Mobilität wurde sowohl den jüngeren Kindern als auch den Jugendlichen angeboten, und 6 Untergruppen haben sich damit befasst, indem sie sich gemeinsam mit folgenden Fragen auseinandersetzten: **„Benötigen wir mehr Verkehrsmittel für unsere Fortbewegung (Bus, Bahn, Autostrassen, Radwege usw.)? Und wenn ja, welche Verkehrsmittel?“**.

Im Hinblick auf dieses Thema wollten 5 Untergruppen die Nutzung von Elektrofahrzeugen fördern, und 3 Untergruppen den ÖPNV stärken. 2 Untergruppen erwähnen die zentrale Bedeutung der Schulbusse (darunter schlägt eine deren Unentgeltlichkeit für alle vor). 1 Untergruppe vertritt schliesslich die Ansicht, dass Hochgeschwindigkeitszüge für grosse Entfernungen erforderlich sind, während eine andere gern das Radfahren oder Tretrollerfahren in den Schulunterricht aufnehmen würde und eine letzte Untergruppe sich mehr Uber-Taxis wünscht.

Bezüglich des ÖPNV wurden folgende Empfehlungen eingebracht: Senkung der Preise (vorgeschlagen von 3 Untergruppen), Erweiterung des Angebots an entlegenen Orten und in kleinen Dörfern (2 Untergruppen), während der Stosszeiten (2 Untergruppen) und nachts (2 Untergruppen).

Ausserdem wurden mehrere Vorschläge im Zusammenhang mit der Ökologie geäussert:

- Entwicklung umweltfreundlicher Verkehrsmittel und Erweiterung des Angebots an Ladestationen
- Angebot umweltfreundlicherer Alternativen für den Luft- und Seeverkehr
- Aufbau einer (umweltbewussten) schweizerischen Elektroautomobilindustrie mit Vorteilspreisen für Schweizer
- Einführung von bestimmten Tagen im Jahr, an denen umweltbelastende Verkehrsmittel verboten sind (abgesehen von Krankenwagen, Polizeifahrzeugen usw.)
- Recycling von Altfahrzeugen
- Entwicklung eines attraktiveren ÖPNV-Angebotes (z. B. durch einen einheitlichen Fahrausweis für das gesamte Wallis)
- Entwicklung neuer Transportmöglichkeiten in den Städten oder in den Bergen, wie z. B. Gondelbahnen, die aus ökologischer Perspektive interessant sind

Es wird darauf hingewiesen, dass die umfassenderen Vorschläge in Bezug auf den Umweltschutz im vorherigen Kapitel beschrieben wurden (Kapitel 2.11, 6. Abschnitt).

Eine Untergruppe von Jugendlichen empfiehlt schliesslich ausserdem die Verringerung der Lärmbelastung durch Verkehrsmittel, und eine andere die Senkung des Führerscheinpreises sowie die Festlegung des Mindestalters für den Rollerführerschein (80 km/h) auf 15 Jahre.

2.13. Landwirtschaft / Thematische Kommission 5



- ✚ Die landwirtschaftliche Produktion auf lokaler Ebene und der Verzehr von einheimischen Erzeugnissen sollen unterstützt werden.
- ✚ Die Landwirte sollen bessere Arbeitsbedingungen und einen höheren Lohn erhalten.

Das Thema Landwirtschaft wurde ausschliesslich den Jugendlichen ab 12 Jahren vorgeschlagen. 12 Untergruppen befassten sich mit dieser Thematik (darunter 1 einzige aus dem Oberwallis), auf der Grundlage folgender Fragen: „**Braucht das Wallis Landwirtschaft (z. B. Erzeugung von Obst, Gemüse, Käse oder Tierzucht)? Welcher Art von Landwirtschaft sollte gefördert werden?**“.

Die überwiegende Mehrheit der Untergruppen (11 von 12) betonte, wie wichtig es ist, schweizerische Lebensmittel zu fördern und einheimische Erzeugnisse zu verzehren, wobei vor allem die kleinen Landwirtschaftsbetriebe unterstützt werden sollten. In diesem Sinne wurden verschiedene Vorschläge eingebracht:

- Förderung der Partnerschaften zwischen Supermärkten und einheimischen Landwirten
- alleinige Zulassung von Fleisch einheimischer Züchter in den Geschäften
- Unterstützung der kleinen Geschäfte auf lokaler Ebene und Erweiterung des Nahversorgungsangebots
- Zusammenlegung der kleinen lokalen Märkte in einem einzigen Einkaufszentrum mit einheimischen Lebensmitteln
- Besteuerung von Importen (vor allem bei Grosshändlern) zur Vermeidung der Umweltbelastung durch Transporte
- Beseitigung aller ausländischen Produkte, die in der Schweiz angebaut werden können, aus den Geschäften, und Erweiterung der Auswahl an schweizerischen Produkten
- Senkung der Preise einheimischer Produkte, entweder durch Erhöhung der Produktion oder durch staatliche Finanzhilfen

6 Untergruppen bestehen ausserdem auf die Notwendigkeit besserer Arbeitsbedingungen und höherer Gehälter für Landwirte. Dies könnte durch die Senkung des Preises der Geräte (durch Zahlung in mehreren Raten), durch die Erhöhung des Preises schweizerischer Erzeugnisse, durch die Entwicklung neuer Technologien oder durch die Intensivierung der staatlichen Subventionen verwirklicht werden. Ausserdem sollten nach Ansicht von 3 Untergruppen Massnahmen zur Vermeidung von Verlusten durch grosse Raubtiere und zur Unterstützung der von solchen Angriffen betroffenen Landwirte ergriffen werden. (Eine dieser Untergruppen wünschte sich, dass Wölfe und Luchse getötet werden.)

In Bezug auf die Landwirtschaftsart, die vom Kanton Wallis gefördert werden sollte, gehen die Meinungen auseinander, abgesehen von der Tatsache, dass der schweizerischen Landwirtschaft der Vorrang eingeräumt werden sollte. 3 Untergruppen möchten die biologische Landwirtschaft fördern (im Hinblick auf eine gesündere Ernährung und aus Rücksicht auf das Klima), eine Untergruppe schlägt den Aufbau der urbanen Landwirtschaft vor (auf den Gebäudedächern), um Flächen zu sparen, eine Untergruppe möchte die landwirtschaftliche Vielfalt und die Imkerei fördern, um den Grad der Selbstversorgung des Kantons mit Nahrungsmitteln zu erhöhen, eine weitere wünscht sich eine

Erweiterung der Obst- und Gemüseerzeugung und eine Verringerung der Viehzucht und eine letzte Untergruppe schliesslich vertritt die Ansicht, dass alle Arten der Landwirtschaft gefördert werden sollten.

Schliesslich wurden einige zusätzliche Vorschläge eingebracht:

- Bevorzugung elektrisch betriebener Landwirtschaftsmaschinen zur Vermeidung der Bodenbelastung
- Verringerung des Wohnungsbaus zur Bewahrung landwirtschaftlicher Flächen
- Förderung des Berufs des Landwirts / der Landwirtin, z. B. in den Schulen
- wirtschaftliche Unterstützung und bessere Arbeitsbedingungen für Lehrlinge
- Gründung eines Vereins zur Sammlung und Neuverteilung von Lebensmitteln
- Tierhaltung unter angemessenen Bedingungen (sauberer Stall und gepflegte Tiere)

2.14. Familie / Thematische Kommission 6



- ✚ Die überwiegende Mehrheit der Gruppen von Kindern und Jugendlichen, die sich mit der Thematik **Vaterschaftsurlaub** auseinandergesetzt haben, **wünscht sich eine Verlängerung seiner Dauer**.
- ✚ Ausserdem befürwortet die Mehrheit der Gruppen die Einführung eines längeren Mutterschaftsurlaubs.
- ✚ Die Gruppen von Kindern und Jugendlichen, die sich mit der Frage zum Elternurlaub befasst haben, waren ihm gegenüber positiv eingestellt.

Bei der Erörterung der Thematik Familie lag der Schwerpunkt auf den Themen Mutterschafts-, Vaterschafts- und Elternurlaub. Folgende Fragen wurden den Kindern und Jugendlichen vorgeschlagen: „**Sollte es neben dem Mutterschutz (14 Wochen Freistellung von der Arbeit nach der Entbindung für die Mamas) andere Lösungen geben, um sich um Neugeborene zu kümmern (Elternzeit für Väter, Krippen usw.)?**“. 14 Untergruppen aus dem französischsprachigen Wallis haben sich für diese Fragen entschieden, darunter 11 Untergruppen von Kindern und 3 Untergruppen von Jugendlichen.

Was den Mutterschaftsurlaub betrifft, wünschen sich 7 Untergruppen eine Verlängerung seiner Dauer (bis zu 5-6 Monate). 3 sind der Meinung, dass die aktuelle Dauer des Urlaubs ausreichend ist, und in 2 Untergruppen gehen die Meinungen auseinander, zwischen den TeilnehmerInnen, die 14 Wochen für ausreichend halten und denjenigen, die sich einen längeren Urlaub wünschen.

Was den Vaterschaftsurlaub betrifft, unterstützen alle Untergruppen mindestens den 2-wöchigen Urlaub, während 10 Untergruppen sich einen längeren Urlaub wünschen. (Die Vorschläge schwanken zwischen 1 und 4 Monaten.) Eine Untergruppe macht sich jedoch Gedanken darüber, ob den Familien in diesem Fall noch genug Geld zum Leben bleibt. Eine Untergruppe erläutert ausserdem, dass der Mutterschaftsurlaub länger dauern sollte als der Vaterschaftsurlaub.

6 Untergruppen von Kindern und Jugendlichen haben sich ebenfalls mit der Frage zum Elternurlaub befasst, und sie alle befürworten ihn, weil er den Eltern die Möglichkeit bietet, sich mit ihrem Familienleben zu arrangieren. (2 Untergruppen erläutern jedoch, dass den Papas mehr Urlaub als bisher gewährt werden sollte.)

Was die Betreuungslösungen betrifft, betonen 2 Untergruppen die entscheidende Rolle der Krippen für die Sozialisation der Kinder und für die Fortsetzung der Berufstätigkeit der Eltern. 1 Untergruppe vertritt die Ansicht, dass eine Kinderbetreuung durch ein Netzwerk aus nahestehenden Personen (Verwandte und Freunde) bevorzugt werden sollte, eine zweite ist der Meinung, dass die Unterbringung in einer Krippe von den Eltern gerechtfertigt werden sollte, und eine dritte findet, dass das Image von Tagesväter*innen verbessert werden sollte (z. B., indem in der Schule darüber gesprochen wird).

Darüber hinaus wurden noch weitere Vorschläge eingebracht:

- Einführung eines zeitversetzten Elternurlaubs (Wenn der eine Elternteil arbeitet, hat der andere Urlaub.)
- Anpassung der Dauer des Mutterschafts-/Vaterschaftsurlaubs, wenn das Kind eine Behinderung hat
- Einwöchige Freistellung des ersten Kindes nach der Geburt des zweiten Kindes
- Aufforderung der Arbeitgeber zu einem flexibleren Umgang mit Eltern bei Fehlzeiten aufgrund von Notfällen bei ihren Kindern
- Auszahlung einer Prämie von 5000.- bei der Geburt für den Erwerb der erforderlichen Ausstattung
- Bereitstellung von Fachkräften zur Unterstützung der Familien
- Möglichkeit für die Spitäler, bei Geburten Geschenke zu verteilen

2.15. Gesundheit / Thematische Kommission 6



- ✚ In den Augen der Kinder und Jugendlichen **stellt die Gesundheit ein wichtiges Thema dar.**
- ✚ Präventions- und Sensibilisierungsmassnahmen sollen eingeführt werden.
- ✚ Ein gleichberechtigter Zugang für jeden und jede zur Gesundheitsversorgung und medizinischen Behandlung soll gewährleistet werden.
- ✚ Das Krankenhaussystem muss verbessert werden, und die Qualität der Leistungen gewährleistet sein.

Wie in Kapitel 2.1 erwähnt, stellt die Gesundheit in den Augen der Kinder und Jugendlichen eine zentrale Thematik dar, und 24 Untergruppen haben sich für die Behandlung dieses Themas durch Erörterung folgender Fragen entschieden: „**Wie kann die Gesundheit geschützt werden? Was wäre zu tun, damit die Menschen gesund bleiben oder werden?**“. Das ausgeprägte Interesse für dieses Thema wird wahrscheinlich von der aktuellen Gesundheitssituation beeinflusst, zumal sich in mehreren Empfehlungen die Sorgen der Kinder und Jugendlichen angesichts der Covid-19-Pandemie spiegeln.

Aus der Perspektive des Einzelnen wurden konkrete Massnahmen zur Aufrechterhaltung der Gesundheit der Bevölkerung vorgeschlagen, insbesondere für Kinder und Jugendliche: sich vor einer Covid-19-Erkrankung schützen (zu Hause bleiben, Mund-Nasen-Schutz tragen und die Abstandsregeln einhalten), sich gesund und ausgewogen ernähren, auf die eigene Körperhygiene achten (duschen usw.), sowie auf die Hygiene und Ernährung der Kinder, keine Risiken eingehen, Sport treiben, an die frische Luft gehen, nicht zu viel fernsehen, usw.

Aus allgemeinerer Perspektive besteht ein erster Vorschlag, der von 8 Untergruppen unterstützt wird, in der Investition in die Prävention (z. B. in Bezug auf den Konsum alkoholischer Getränke) sowie in die Sensibilisierung der Bevölkerung für eine gesunde Lebensweise (Bewegung, Schlaf und Ernährung) und für die Aufrechterhaltung eines körperlichen und psychischen Gleichgewichtes. In diesem Sinne werden Präventionsmassnahmen zur Umsetzung in den Medien, in der Werbung, über das Internet und in der Schule entworfen. Sie sollen sich sowohl an Kinder - und zwar ab der frühen Kindheit - als auch an Erwachsene richten. Die vorgeschlagenen Präventionsmassnahmen werden von 6 Untergruppen durch die Forderung der Bereitstellung von entsprechenden Infrastruktur- und Sportangeboten ergänzt, sowie durch die Anregung zur Förderung der sportlichen Aktivität (z. B. durch eine Begleitung durch Coaches, die Organisation von Rennen und Wettbewerben usw.). Ausserdem schlägt eine Untergruppe vor, die Leute zu ermutigen, ihr Essen selbst zuzubereiten, und eine andere die Einbeziehung von Körperpflege- und Gesundheitsprogrammen in das schulische Umfeld unter Anleitung von Fachkräften (Hygiene-Berater, SIPE-Berater, usw.), während zwei letzte Gruppen eine umfassendere Information der Bevölkerung über die Notwendigkeit von Impfungen für wichtig halten.

Ebenfalls auf präventiver Ebene schlagen 3 Untergruppen vor, dass Rettungstechniken und Erste-Hilfe-Massnahmen Kindern frühzeitig vermittelt werden, sowie den Erwachsenen, die sich um sie kümmern. 2 Untergruppen bestehen ihrerseits auf die Notwendigkeit, dass jeder eine Unterkunft besitzt (Obdachlose).

Was die medizinische Versorgung betrifft, betont 1 Untergruppe die Notwendigkeit einer langfristigen Behandlung von Krankheiten, unter Berücksichtigung der individuellen Besonderheiten des einzelnen Menschen. Für mehrere Untergruppen stellt der Zugang zur Gesundheitsversorgung für jeden und jede einen grundlegenden Aspekt dar. In diesem Sinne wurden folgende Vorschläge eingebracht:

- höhere staatliche Investitionen in das Gesundheitswesen
- Senkung der Krankenkassentarife und Gewährleistung eines besseren Versicherungsschutzes
- Senkung der Behandlungskosten (oder unentgeltliche Bereitstellung der Erstversorgung), kostenfreie medizinische Versorgung für Menschen, die nicht für ihre Behandlung aufkommen können, Senkung der Preise von Notfalltransporten (Krankenwagen, Hubschrauber)
- Bereitstellung von Arzneimitteln, Impfstoffen und Vitaminen für alle Menschen, die sie brauchen (oder Senkung ihrer Preise)
- Senkung der Preise gesunder Lebensmittel und Förderung des Zugangs zu Nahrung für bedürftige Menschen
- Entwicklung einer Anwendung für Telefone, die die Nutzer bei der Selbstrettung anleitet
- Zugang zu zahnmedizinischen Behandlungsmassnahmen für jeden und jede (z. B. durch Einsatz von günstigerem Material bei der Zahnprothesenherstellung oder durch Auszahlung einer Beihilfe an Personen, die sie benötigen)
- Aufbau einer Rücklage zur Finanzierung der Spitalkosten bedürftiger Menschen

Für die Spitäler werden folgende Verbesserungsmassnahmen empfohlen: mehr Geld zur Verfügung stellen, sie vergrössern (oder kleinere Spitäler der Nahversorgung bauen) und dafür sorgen, dass genügend Plätze für die Kranken vorhanden sind, die Kapazität der Intensivmedizin erhöhen, die

Technologie weiter entwickeln, dafür sorgen, dass die Spitäler mit den erforderlichen Geräten ausgestattet sind, mehr Personal einstellen und die Arbeitsbedingungen verbessern, eigene Räume für die Erstversorgung einrichten, Notaufnahmen in den Gemeinden einrichten, eine erste Triage der Notfälle durchführen, um eine Überlastung der Einrichtungen zu vermeiden, mehr Ärzte/Ärztinnen ausbilden, die Dauer der Arztausbildung verkürzen, um mehr Personal zu haben, mehr Ehrenamtliche einstellen, und dafür sorgen, dass Ärzte/Ärztinnen mehr auf Hygienemassnahmen achten.

Angesprochen wurden ausserdem die Arbeitsqualität und die Grundhaltung der medizinischen Fachkräfte, die genügend Zeit haben sollten, um Behandlungsfehler auszuschliessen, den PatientInnen alle erforderlichen Informationen zu vermitteln, sie zu beruhigen, ihnen die erforderliche Aufmerksamkeit zu schenken und bei Bedarf immer für sie da zu sein (niemanden leiden lassen).

In Bezug auf die Zuständigkeiten des Staates vertreten 4 Untergruppen die Ansicht, dass es seine Aufgabe ist, die pharmazeutische Forschung zu fördern und mehr Geld in die Erforschung von Behandlungsmethoden für bisher unheilbare oder chronische Krankheiten zu investieren. Ausserdem sollten nach Ansicht von 2 Untergruppen die Sicherheitsmassnahmen bei einer Pandemie verstärkt werden, und eine andere spricht sich für das Verbot der Zigarette aus. Eine letzte Gruppe empfiehlt aus allgemeinerer Perspektive die Erhöhung der Investitionen in das Gesundheitswesen.

Für Menschen mit Behinderung und kranke Menschen schlugen 2 Untergruppen spezifische Unterstützungsmassnahmen vor: Die Anpassung ihres Alltags, die Verbesserung ihres Zugangs zu medizinischer Versorgung, die Bereitstellung von Transportmöglichkeiten und die Organisation von Tagen zur Sensibilisierung für Behinderung.

Darüber hinaus gingen weitere Empfehlungen aus den Überlegungen hervor, wie z. B. die Notwendigkeit der Abfallentsorgung für die Aufrechterhaltung einer gesunden Luft und Umwelt, die Einschränkung des Alkohol- und Zigarettenkonsums und die Motivation zur Organspende.

Halten wir ausserdem fest, dass von den 14 Kindern, die sich im Rahmen des Wettbewerbs mit der Frage zur Gegenwart und Zukunft des Kantons befassten¹³, 5 die zentrale Bedeutung der Gesundheit betont haben und den in den vorausgehenden Abschnitten erläuterten Empfehlungen zustimmen.

¹³ „Das Wallis heute und morgen, was ist dir für unseren Kanton wichtig?“ - siehe Kapitel 2.1.

2.16. Bildung / Thematische Kommission 6



- In den Augen der Jugendlichen **stellen Schule und Ausbildung zentrale Themen dar**, und das gilt umso mehr für das Oberwallis.
- Die TeilnehmerInnen des Projektes hatten zu konkreten Fragen, die sie direkt betreffen, viel zu sagen: Unterrichtsinhalt, Unterrichtszeiten, Infrastrukturen usw.
- Der Unterrichtsinhalt sollte praxisorientierter sein und den Alltag und das Zeitgeschehen stärker einbeziehen.**
- Ab der Orientierungsschule oder der Sekundarstufe 2 könnte ein Kurssystem mit frei wählbarer Zusammensetzung eingeführt werden.
- Die Noten sollten einen geringeren Stellenwert haben und die Hausaufgaben verringert oder sogar abgeschafft werden.
- Die neuen Technologien stellen eine Ressource dar, die im Unterricht genutzt werden sollte.
- Die Jugendlichen, die sich mit der Frage zur Einführung von Kursen in Politischer Bildung befasst haben, befürworten diese und möchten das Fach in den Lehrplan aufnehmen.

Allgemeine Vorschläge in Bezug auf die Schule

33 Untergruppen (davon 28 Untergruppen von Jugendlichen gegenüber 5 Untergruppen von Kindern und 17 Untergruppen aus dem Oberwallis gegenüber 16 Untergruppen aus dem Unterwallis) haben sich mit dem Thema Bildung befasst, indem sie folgende Fragen erörterten: „**Was sind Sinn und Zweck der Schule? Was sollte Ihrer Meinung nach dort gelernt werden?**“.

Nur 6 von ihnen haben die erste Frage direkt beantwortet: Ihrer Ansicht nach dient die Schule dem Lernen, der Vorbereitung auf das spätere Leben, dem Aufbau von Freundschaften, dem Vergnügen und der Bildung. Sie bietet die Möglichkeit, soziale Kompetenzen zu entwickeln, die anderen besser anzunehmen und sich in die Gesellschaft einzufügen.

Was die angebotenen Schulfächer betrifft, wünschen sich manche Untergruppen die Abschaffung bestehender Zweige (Religionswissenschaft, Laufsport usw.) und den Ausbau anderer (Informatik, Englisch, Sexualkunde, Geschichte, Geografie - und insbesondere die Geschichte und die Geografie des Wallis und der Schweiz -, Sport, kulturelle Aktivitäten oder auch Wirtschaft). Ausserdem werden neue Inhalte vorgeschlagen, wie z. B. Selbstverteidigungskurse sowie Kurse, die die Persönlichkeitsentfaltung und die Gewinnung von Selbstvertrauen fördern, ein Kurs, in dem jeder ein Musikinstrument erlernt, Kurse zur Prävention psychischer Erkrankungen (Essstörungen, Schizophrenie, Depression usw.), ein Kurs über Klimaschutz, der Besuch der Armée, um ihre Funktionsweise und Ausrüstung kennen zu lernen, die Sensibilisierung für die übermässige Nutzung der neuen Technologien oder des Spiels Minecraft. Darüber hinaus sollten manche Unterrichtsfächer früher (wie z. B. Fremdsprachen oder Sozialkunde) oder später im Lehrplan vorgesehen sein. 18 Untergruppen (davon 15 aus dem Oberwallis) schlagen vor, mehr Themen, die in direktem Zusammenhang mit dem Zeitgeschehen und dem Alltag stehen, aufzunehmen (Wirtschaft, Verwaltungsunterlagen, Verträge, Rechte und Pflichten, Versicherungen, Steuern, Haushalt, Kochen, Bewerbungsunterlagen, Anwendung von Technologien, Kommunikation usw.).

Was den Gesamthalt des Lehrplanes betrifft, wünschen sich die Kinder- und Jugendgruppen weniger Auswendiglernen, mehr Projektarbeit, mehr praktische Beispiele zur Veranschaulichung der theoretischen Inhalte, mehr Aktivitäten, die die Entfaltung der Kreativität, der Selbstständigkeit und des kritischen Denkvermögens fördern, sowie einen Unterricht, der den Interessen, Fähigkeiten und dem Rhythmus des Einzelnen mehr gerecht wird. In diesem Sinne schlagen 9 Untergruppen die Einführung eines Kurssystems mit frei wählbarer Zusammensetzung ab der Orientierungsschule oder der Sekundarstufe 2 vor, und eine andere wünscht sich, dass die Einteilung der Zeit zu Beginn des Schuljahres von der ganzen Klasse gemeinsam bestimmt wird. Ausserdem wünschen sich 4 Untergruppen, dass die SchülerInnen regelmässiger ihre Meinung äussern können, z. B. mithilfe von Klassenräten, indem während des Unterrichts die Interaktionen mit der Lehrkraft gefördert werden oder auch, indem sie in bestimmte Entscheidungen einbezogen werden, um den Unterrichtsinhalt zu verbessern. 1 Untergruppe schlägt ausserdem die Aktualisierung der pädagogischen Mittel und Inhalte vor, eine zweite, dass die Kinder im Kindergarten spielerisch lernen sollen, und eine letzte, dass der Unterricht bei schönem Wetter im Freien stattfinden soll.

Die Noten, die die Schüler erhalten, sollten in den Augen von 8 Untergruppen einen geringeren Stellenwert haben. Stattdessen sollte die Schule die Entfaltung der individuellen und sozialen Kompetenzen und der Arbeitsmethoden fördern und SchülerInnen, die Schwierigkeiten haben, eine gezielte Unterstützung für bieten. Nach Ansicht von 3 Untergruppen sollten Nebenfächer wie z. B. Musik, Sport und Kunst nicht benotet werden. 2 andere vertreten die Meinung, dass die Benotung der Schüler vollständig abgeschafft werden sollte, um den Druck zu verringern und den Schwerpunkt auf das Verständnis der Lerninhalte zu verlegen.

Was die Infrastruktur und die Aussengestaltung betrifft, werden ebenfalls Ideen und Verbesserungsvorschläge entworfen: Ein attraktives Schulgebäude, Tiere in der Schule, eine bessere Heizung, Möglichkeiten morgens und mittags in der Schule zu essen (in Kantinen, die eine breit gefächerte Auswahl und frisches Gemüse bieten), Apfelautomaten oder Automaten mit ungesüssten Speisen, Schliessfächer für alle Schüler, moderne, einladende und komfortable Klassenzimmer, Parkanlagen im Aussenbereich, in denen im Sommer gegessen werden kann, ein Schulgebäude, das Solarenergie nutzt oder auch eine Rutsche und ein Skatepark für die Pause. 1 Untergruppe schlägt ausserdem die Unterbringung Orientierungsschule und der Maturitätsschule im selben Gebäude vor, und eine andere die Wiedereröffnung der Primarschulen in Dörfern mit über 30 Kindern.

Was das Unterrichtsmaterial betrifft, äussern 2 Untergruppen den Wunsch, dass es von der Schule kostenlos zur Verfügung gestellt wird. 8 Untergruppen betonen ausserdem, dass es wichtig ist, die neuen Technologien im Unterricht zu nutzen (und diese Instrumente kinderreichen Familien oder Familien mit finanziellen Schwierigkeiten zur Verfügung zu stellen).

Was den Stundenplan und die Organisation des Tages betrifft, schlagen 6 Untergruppen einen späteren Unterrichtsbeginn vor, um mehr Schlaf zu bekommen. 5 sprechen sich für ein früheres Unterrichtsende aus (von denen sich eine Gruppe wünscht, nachmittags frei zu haben, und eine andere die Tagesschule befürwortet), und eine letzte Untergruppe möchte in der Schule übernachten (Internat). Während 3 Untergruppen die Einhaltung oder Verlängerung der Pausen fordern, wünschen sich 2 andere im Gegensatz dazu ihre Verkürzung (oder sogar ihre Abschaffung im Winter), um abends früher Schluss machen zu können. Weitere Vorschläge sind der schulfreie Mittwoch, mehr Ferien oder auch zwei Auszeiten pro Woche, um zwischen den Unterrichtsphasen entspannen zu können.

Was die Hausaufgaben betrifft, vertreten 9 Untergruppen die Ansicht, dass sie verringert oder abgeschafft werden sollten, um mehr Freizeit für das Privatleben oder die Hobbys zu gewinnen, weniger unter Druck zu stehen und ein erfüllteres Sozialleben zu haben. Eine Untergruppe schlägt

ausserdem die Verringerung der Anzahl an Klassenarbeiten vor, z. B. durch Festlegung einer Obergrenze von 2 pro Woche.

Ausserdem betonen die Jugendlichen die zentrale Bedeutung der Vorbereitung auf die Berufswelt, und 3 Untergruppen schlagen in diesem Sinne eine bessere Vorbereitung ab der Orientierungsschule vor, durch eine bessere Vorstellung der existierenden Berufe und durch weniger Druckausübung auf die Jugendlichen in Bezug auf die Berufswahl. Sonstige Vorschläge: Erweiterung des Ausbildungsangebots, Imageverbesserung des Berufsbildungszweigs oder auch Erweiterung der Möglichkeiten für Jugendliche, eine Lehre zu absolvieren.

Der Begriff Miteinander taucht ebenfalls in den Empfehlungen der Kinder und Jugendlichen auf. In diesem Sinne schlagen 2 Untergruppen vor, dass die Aufsicht im Pausenhof verstärkt werden sollte, um Gewalt und Mobbing zu vermeiden. Weitere Ideen: „dafür zu sorgen, dass alle sich besser verstehen“, durch gemeinsame Aktivitäten Beziehungen zwischen den Schulen aufbauen oder „pro Tag zehn Minuten für einen Anruf bei den Eltern oder der Familie gewähren“.

4 Untergruppen von Jugendlichen gehen ausserdem auf die Kompetenzen und die Grundhaltung der LehrerInnen ein: In ihren Augen sollten Letztere eine Ausbildung in dem von ihnen unterrichteten Fach vorweisen können, motiviert sein, ernsthaft arbeiten, alle ihre SchülerInnen gleich behandeln und ihnen mit mehr Achtung begegnen. Ausserdem sollten die SchulmediatorInnen nach Ansicht einer Untergruppe präsenter sein.

Was die Hausordnung der Schulen betrifft, wünschen sich 4 Untergruppen das Recht zur Nutzung ihres Mobiltelefons im schulischen Umfeld (z. B. in den Pausen oder zur Durchführung von Recherchen). Eine Untergruppe wünscht sich die Erlaubnis, Getränke in den Unterricht mitzunehmen, und eine letzte verlangt die Abschaffung des verpflichtenden Nachmittagsunterrichts (und würde stattdessen lieber Sport treiben).

Eine Untergruppe hat sich ausserdem mit der Frage zu den Schulbussen befasst und bringt folgende Vorschläge ein: Einbau zusätzlicher Sitze in den Schulbussen, um sexuelle Übergriffe zu vermeiden, Unentgeltlichkeit der Schülertransporte und schliesslich die unentgeltliche Überlassung von Elektrorollern für SchülerInnen.

Ausserdem wurden von den Kindern und Jugendlichen noch ein paar Einzelvorschläge eingebracht: Dasselbe Bildungsniveau an allen Schulen verlangen (Gleichheit unter den Schülern), den Austausch zwischen dem Oberwallis und dem französischsprachigen Wallis fördern, die 11. Klasse der Orientierungsschule für alle verpflichtend machen (und die Maturitätsschule auf 4 Jahre anlegen, damit Gleichheit zwischen den Kantonen besteht), den Schülern Räume und Ausstattung für kreative Aktivitäten nach dem Unterricht zur Verfügung stellen, den Sportunterricht abwechslungsreich gestalten, die Schwierigkeitsgrade der Sportübungen an die individuellen Fähigkeiten des einzelnen Schülers anpassen, mehr Zeit für das Duschen nach dem Sportunterricht einplanen und schliesslich den SchülerInnen Zwischenmahlzeiten anbieten.

Schliesslich wünschen sich 3 Untergruppen, im Unterricht zu lernen, wie das politische System der Schweiz funktioniert, ein Thema, das in den folgenden Abschnitten behandelt wird.

Politische Bildung

6 Untergruppen von Jugendlichen haben sich mit folgender Frage befasst: **„Würden Sie gern an Staatsbürgerschaftskursen teilnehmen, wo Ihnen erklärt wird, wie Politik funktioniert und wie Sie**

sich zu Themen äussern können, die Sie betreffen?“. Sie alle haben die Frage mit Ja beantwortet und vertreten die Meinung, dass ein solches Unterrichtsfach das Interesse der Jugendlichen für Politik wecken würde, ihnen die Möglichkeit gäbe, sich eine persönliche Meinung zu bilden, sowie sich im Debattieren und Anhören der Meinung anderer zu üben. Alle sind der Ansicht, dass solche Kurse sowie das Angebot politischer Aktivitäten im schulischen Umfeld Raum bekommen sollten.

Inhaltlich wünschen sich die Jugendlichen, dass diese Kurse den SchülerInnen eine bessere Kenntnis des politischen Systems der Schweiz und der verschiedenen politischen Parteien vermitteln, sie über das Zeitgeschehen in der Schweiz informieren, ihnen die Möglichkeit bieten, die politischen Debatten und Wahlen in der Welt mitzuverfolgen, die Herausforderungen der Volksabstimmungen besser zu verstehen und sich im Debattieren zu üben. 4 Untergruppen schlagen ausserdem vor, dass Politiker (unterschiedlicher politischer Parteien) in den Unterricht kommen, um mit ihnen Gespräche zu führen. Darüber hinaus werden weitere Aktivitäten vorgeschlagen, wie z. B. der Besuch des Bundeshauses, die Begegnung mit Nationalratsmitgliedern oder auch die Beobachtung von Debatten.

Schliesslich könnte die Schule ausserdem als Vermittlungsstelle für die politischen Ideen der Kinder und Jugendlichen dienen, z. B. indem ein „politischer Briefkasten“ aufgestellt wird oder indem den SchülerInnen die Möglichkeit gegeben wird, ihre Ideen mithilfe der Vermittlung ihrer Schulleitung an die Politiker weiterzuleiten.

2.17. Kultur, Sport und Freizeitbeschäftigungen / Thematische Kommission 6



- ✚ **Kultur, Sport und Freizeitbeschäftigungen nehmen im Leben der Kinder und Jugendlichen einen wichtigen Platz ein**, und sie würden ihnen gern mehr Zeit widmen, sowohl im schulischen als auch im ausserschulischen Rahmen.
- ✚ Die Infrastrukturen sollten umfangreicher, leicht zugänglich und in gutem Zustand sein.
- ✚ Das Angebot an Aktivitäten und Veranstaltungen könnte erweitert werden.
- ✚ Die Unterstützung des Staates ist erforderlich, damit alle Zugang zu einer abwechslungsreichen Auswahl an kulturellen und sportlichen Aktivitäten und Freizeitbeschäftigungen haben.

16 Untergruppen haben sich für das Thema Kultur, Sport und Freizeitbeschäftigungen interessiert, auf der Grundlage folgender Fragen: **„Sind Kultur, Sport und Freizeit für Sie wichtig? Und wenn ja, was sollte getan werden, um diese Bereiche weiter auszubauen?“**.

3 Untergruppen haben die erste Frage mit Ja beantwortet und bestätigt, dass Kultur, Sport und Freizeitbeschäftigungen in ihren Augen wichtig sind. 2 andere betonen, dass diese Aktivitäten sinnvoll sind, um die Konzentrationsfähigkeit zu entwickeln, soziale Kontakte zu knüpfen, die gegenseitige Unterstützung zu stärken und das Miteinander innerhalb des Dorfes zu fördern. Die anderen Untergruppen, die sich mit diesen Fragen befassten, haben direkt konkrete Massnahmen zu diesen Themen vorgeschlagen.

Zur Verbesserung des Zugangs zu Kultur, Sport und Freizeitbeschäftigungen aus umfassender Perspektive wünschen sich 5 Untergruppen mehr Zeit für die Teilnahme an Aktivitäten und Veranstaltungen. In diesem Sinne schlagen zwei von ihnen eine Verkürzung der Unterrichtszeit vor (Unterricht am Vormittag und Aktivitäten am Nachmittag), zwei andere die Begrenzung der Hausaufgaben, und eine letzte die Abschaffung der Winterzeit, damit es im Winter nach Unterrichtschluss nicht zu dunkel für die Ausübung von Freizeitaktivitäten ist.

Was das schulische Umfeld betrifft, wünschen sich zwei Untergruppen ein Aktivitätenangebot zur freien Auswahl nach dem Unterricht (Sport, Kunst, Musik, usw.), und 1 andere möchte, dass die SchülerInnen sich zwischen der Vertiefung ihres Lernstoffs und der Entfaltung ihres Hobbys entscheiden können.

Zum Beitrag, den der Staat leisten sollte: 2 Untergruppen vertreten die Ansicht, dass der Staat durch Bereitstellung von Räumen und Finanzhilfen Vereine unterstützen sollte - darunter Jugendorganisationen. Nach Ansicht von zwei anderen Untergruppen besteht die Notwendigkeit zur Einführung von Massnahmen, die den Zugang zu sportlichen und kulturellen Aktivitäten und Freizeitbeschäftigungen erleichtern (z. B. durch Verbesserung des Mobilitätsangebotes). Darüber hinaus sollte nach Ansicht von 2 letzten Untergruppen in allen Stadtvierteln die bestehende Infrastruktur erweitert werden.

Was die Kultur betrifft, betont eine Untergruppe ihre Bedeutung für das Miteinander in der Gesellschaft. Verschiedene Ideen zu ihrer Förderung werden eingebracht: Unterstützung des kulturellen Angebots im schulischen Umfeld (Theater, Gesang, Lesungen, Darbietungen usw.), Erweiterung des Kleinkunst-Angebots, um die schweizerische Kultur zu pflegen, attraktivere Gestaltung der Museen, stärkere Abstimmung der kulturellen Veranstaltungen auf den Geschmack und die Interessen junger Erwachsener, und Schutz der historischen Gebäude und des Kulturerbes.

Was den Sport betrifft, betonen 2 Untergruppen, dass die Möglichkeit zur Ausübung sportlicher Aktivitäten im schulischen und ausserschulischen Umfeld für Kinder und Jugendliche wichtig ist. 5 Untergruppen schlagen die Renovierung der bestehenden Sportanlagen sowie den Bau neuer Einrichtungen vor (Schwimmbäder, Skateparks, Fussball- und Volleyballfelder usw.), und dies insbesondere in den kleinen Dörfern. Darüber hinaus schlagen 2 Untergruppen vor, mehr Wettkämpfe und Sportcamps zu organisieren (um bei den Jugendlichen die Lust an der Ausübung einer Sportart zu wecken und Begegnungen zwischen Jugendlichen aus dem Ober- und Unterwallis zu fördern). Was die Schule betrifft, wünschen sich 3 Untergruppen mehr Sportausübung während der Unterrichtszeit (z. B. durch die Veranstaltung von Sporttagen). Eine Untergruppe wünscht sich eine grössere Auswahl an sportlichen Aktivitäten, und eine letzte Untergruppe empfiehlt die Entwicklung von Sportzweigen ab der Orientierungsschule (mit Unterricht am Vormittag und Sport am Nachmittag).

Was die Sportausübung der Jugendlichen betrifft, vertreten 4 Untergruppen die Ansicht, dass junge Menschen zur Sportausübung ermutigt werden sollten (durch Werbung, durch Finanzhilfen, durch die Einführung von Schnuppertagen und Unterstützung junger Sportler).

Darüber hinaus wurden noch weitere Empfehlungen ausgesprochen: Senkung der Preise sportlicher Aktivitäten (z. B. den Preis der Skipässe), Bereitstellung von Ausrüstung und Einführung neuer Sportarten, die dem Geschmack aller gerecht werden.

Was die Freizeitbeschäftigungen betrifft, betonen 3 Untergruppen deren hohen Stellenwert in ihren Augen. 4 Untergruppen vertreten die Meinung, dass es in jeder Gemeinde ein breiter angelegtes, staatlich unterstütztes Freizeitangebot geben sollte (wie z. B. Aktivitäten für Jugendliche, Schwimmbäder, Skateparks, Kinos usw.). 2 Untergruppen schlagen den Bau von Spielplätzen (in der

Nähe der Wohnhäuser) vor, und andere die Erweiterung städtischer Infrastrukturen. 1 Untergruppe ist der Meinung, dass das Internet vom Staat verbessert werden sollte, und eine letzte schlägt den Bau von Spielzeugfabriken in der Schweiz vor, damit kein Spielzeug mehr im Ausland bestellt werden muss.

Zum Abschluss betonen 2 Untergruppen ausserdem, dass es für Jugendliche wichtig ist, Orte zu haben, an denen sie sich mit Freunden treffen können, ohne selbst gestört zu werden und ohne andere zu stören.

2.18. Fazit

Diese Zusammenfassung wurde in dem Bestreben verfasst, die von den TeilnehmerInnen des Projekts „Verfassungsrat der Kinder und Jugendlichen“ ausgesprochenen Empfehlungen so originalgetreu wie möglich wiederzugeben. Bei der Verwirklichung eines solchen Ansatzes lassen sich gewisse Unwägbarkeiten nicht vermeiden, und - wie das Kapitel über die Gesundheit gezeigt hat - mitunter beeinflusst das aktuelle Zeitgeschehen die Vorstellungen und Meinungen der Kinder und Jugendlichen. Doch die Heterogenität der angesprochenen Zielgruppen sowie die hohe Zahl der ProjektteilnehmerInnen verleiht ihren Aussagen ein nicht zu unterschätzendes Gewicht.

Die Palette der von den Kindern und Jugendlichen während der Beratungen mündlich ausgesprochenen und schriftlich festgehaltenen Vorschläge spiegelt die grosse Vielfalt und Reichhaltigkeit ihrer Ideen und stellt einen erstklassigen Beitrag zum politischen Prozess dar. Ausserdem werden manche Empfehlungen von einer beträchtlichen Anzahl an Stimmen unterstützt, was den hohen Stellenwert, den sie in den Augen der angesprochenen Kinder und Jugendlichen einnehmen, hervorhebt.

Die Stimme der unter 18-jährigen Einwohner des Kantons Wallis wird in den Mittelpunkt des Projektes „Verfassungsrat der Kinder und Jugendlichen“ gerückt. Nun besteht die Hoffnung, dass sie - durch die Weiterleitung dieser Zusammenfassung an den Verfassungsrat - gehört wird und einen wirklichen Einfluss auf die zukünftige Walliser Verfassung ausübt.

Ein besonderes Dankeschön gilt allen Kindern und Jugendlichen des Kantons Wallis, die sich auf dieses Projekt eingelassen haben.

Anhang 1: Beschreibung des ersten Workshops der Jugendlichen

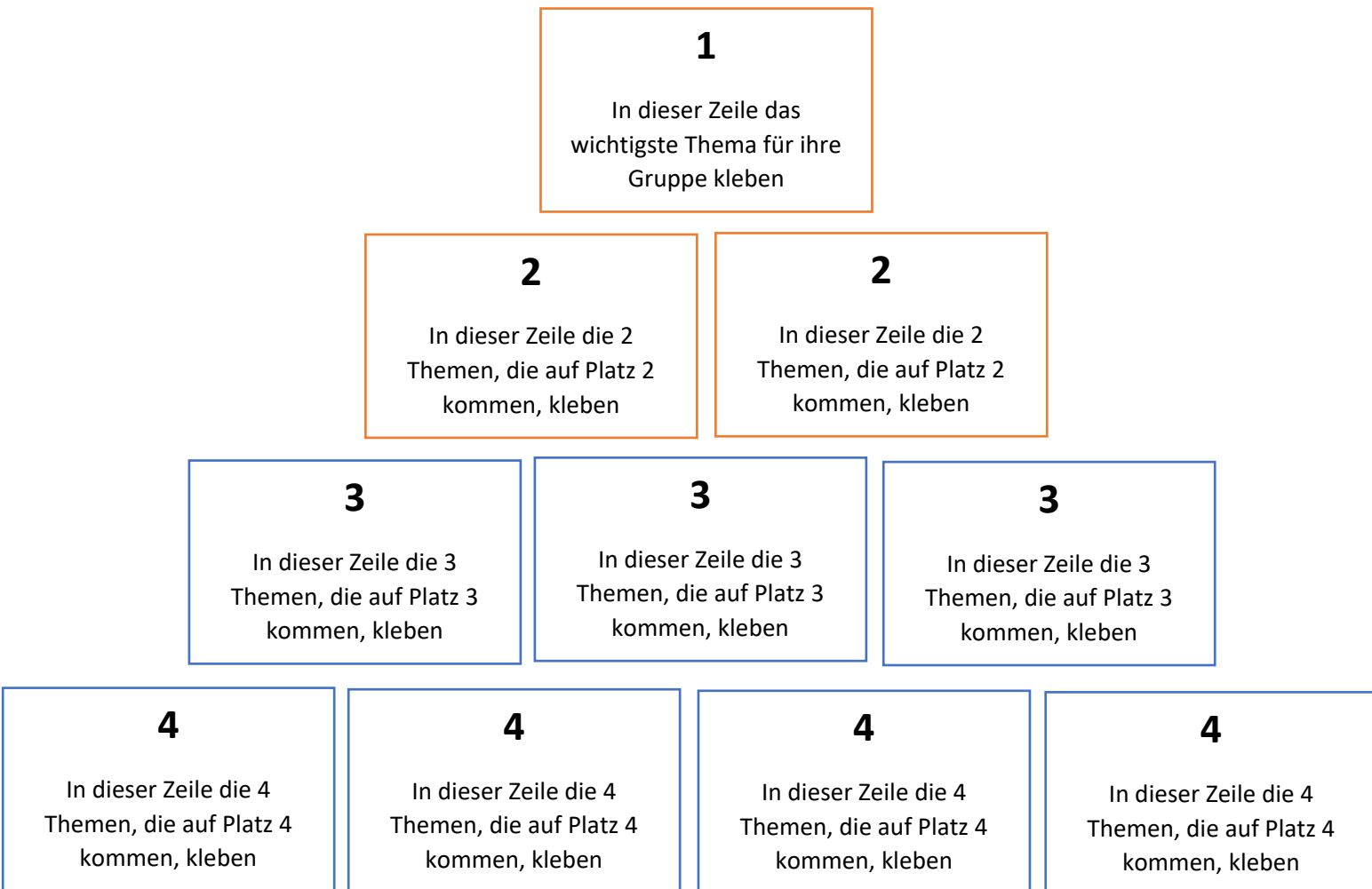
Vorbereitung: Jede Gruppe von 3 bis 6 Kindern oder Jugendlichen erhält 20 selbstklebende Etiketten mit jeweils einem vorgeschlagenen Thema und ein Pyramidenblatt, auf dem sie aufgeklebt werden sollen.

Anweisung: Sich innerhalb der Gruppe auf eine Rangfolge der ausgewählten Themen einigen und anschliessend die Etiketten in die Pyramide kleben.

Folgende Themen wurden auf den selbstklebenden Etiketten vorgeschlagen:

Familie / Wohnungswesen / Schule und Ausbildung / Arbeit / Landwirtschaft / Umwelt und Klima / Gesundheit / Kultur, Sport und Freizeitbeschäftigungen / Rechte und Pflichten / Justiz und Polizei / Kindheit und Jugend / Alter / Mobilität / Neue Technologien / Gewalt / Religion / Behinderung / Diskriminierung / Raumplanung / Anderes Thema (frei wählbar durch jede Gruppe)

Die Tabelle entspricht dem unten dargestellten Schema. Ein zusätzliches Feld dient der Kurzbeschreibung der Gründe für die Auswahl der ersten drei Themen.



Anhang 2: Liste der Fragen, die den Kindern zwischen 5 und 11 Jahren im Rahmen des 2. Workshops angeboten wurden



1. Sprachen

Sollte es neben Französisch und Deutsch weitere Sprachen geben, die im Wallis gefördert werden (z. B. Italienisch, Portugiesisch usw.)? Welches sind die wichtigsten Sprachen, die gelernt werden sollten?



2. Besonderer Schutz

Soll in der Walliser Verfassung ein besonderer Schutz für bestimmte Personen vorgesehen werden (Kinder, Senioren, Behinderte ...)?



3. Seine Meinung sagen und angehört werden

Ist es für Kinder und Jugendliche wichtig, ihre Meinung zu sagen und angehört zu werden? Und wenn ja, von wem?



4. Stimm- und Wahlrecht

Wer sollte das Recht haben, abzustimmen, zu wählen und gewählt zu werden?



5. Verkehrsmittel

Benötigen wir mehr Verkehrsmittel für unsere Fortbewegung (Bus, Bahn, Autostrassen, Radwege usw.)? Und wenn ja, welche Verkehrsmittel?

Anhang 2 (Fortsetzung)



6. Schutz des Planeten

Müssen wir handeln, um unseren Planeten zu schützen? Warum? Und wenn ja, haben Sie Ideen?



7. Elternzeit

Sollte es neben dem Mutterschutz (14 Wochen Freistellung von der Arbeit nach der Entbindung für die Mamas) andere Lösungen geben, um sich um Neugeborene zu kümmern (Elternzeit für Väter, Krippen usw.)?



8. Gesundheit

Wie kann die Gesundheit geschützt werden? Was wäre zu tun, damit die Menschen gesund bleiben oder werden?



9. Kultur, Sport und Freizeit

Sind Kultur, Sport und Freizeit für Sie wichtig? Und wenn ja, was sollte getan werden, um diese Bereiche weiter auszubauen?



10. Schule

Was sind Sinn und Zweck der Schule? Was sollte Ihrer Meinung nach dort gelernt werden?



Bonus: Weitere Ideen

Hätten Sie ein Thema vorzuschlagen? Weitere Ideen, die an den Verfassungsrat weiterzuleiten wären?

Anhang 3: Liste der Fragen, die den Jugendlichen zwischen 12 und 17 Jahren im Rahmen des 2. Workshops angeboten wurden

1. Sprachen

Sollte es neben Französisch und Deutsch weitere Sprachen geben, die im Wallis gefördert werden (z. B. Italienisch, Portugiesisch usw.)? Welches sind die wichtigsten Sprachen, die gelernt werden sollten?

2. Besonderer Schutz

Soll in der Walliser Verfassung ein besonderer Schutz für bestimmte Personen vorgesehen werden (Kinder, Senioren, Behinderte ...)?

3. Seine Meinung sagen und angehört werden

Ist es für Kinder und Jugendliche wichtig, ihre Meinung zu sagen und angehört zu werden? Und wenn ja, von wem?

4. Stimm- und Wahlrecht

Wer sollte das Recht haben, abzustimmen, zu wählen und gewählt zu werden?

5. Verkehrsmittel

Benötigen wir mehr Verkehrsmittel für unsere Fortbewegung (Bus, Bahn, Autostrassen, Radwege usw.)? Und wenn ja, welche Verkehrsmittel?

6. Schutz des Planeten

Müssen wir handeln, um unseren Planeten zu schützen? Warum? Und wenn ja, haben Sie Ideen?

7. Elternzeit

Sollte es neben dem Mutterschutz (14 Wochen Freistellung von der Arbeit nach der Entbindung für die Mamas) andere Lösungen geben, um sich um Neugeborene zu kümmern (Elternzeit für Väter, Krippen usw.)?

8. Gesundheit

Wie kann die Gesundheit geschützt werden? Was wäre zu tun, damit die Menschen gesund bleiben oder werden?

9. Kultur, Sport und Freizeit

Sind Kultur, Sport und Freizeit für Sie wichtig? Und wenn ja, was sollte getan werden, um diese Bereiche weiter auszubauen?

10. Schule

Was sind Sinn und Zweck der Schule? Was sollte Ihrer Meinung nach dort gelernt werden?

Anhang 3 (Fortsetzung)

11. Kinder, Jugend und Politik

Würden Sie gern an Staatsbürgerschaftskursen teilnehmen, wo Ihnen erklärt wird, wie Politik funktioniert und wie Sie sich zu Themen äussern können, die Sie betreffen?

12. Staat

Wozu dient der Staat und was muss er leisten?

(Der Staat ist die Gesamtheit der Organe und Personen, die den Kanton Wallis regieren und die wichtigsten Entscheidungen treffen)

13. Ober- und Unterwallis

Sollten sich die Ober- und Unterwalliser besser kennenlernen? Sollte es mehr Begegnungen geben?

14. Neue Technologien

Wie sollte man auf die aufkommenden neuen Technologien reagieren?

15. Arbeit

Sind Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen ausreichend geschützt (z. B. vor Berufskrankheiten)? Wenn nicht, wie sollten sie geschützt werden?

16. Landwirtschaft

Braucht das Wallis Landwirtschaft (z. B. Erzeugung von Obst, Gemüse, Käse oder Tierzucht)? Welcher Art von Landwirtschaft sollte gefördert werden?

17. Gleichheit und Diversität

Müssen die Gleichheit von Frauen und Männern und Diversität gefördert werden (Ober- und Unterwallis, Flachland und Gebirge usw.)?

Bonus: Weitere Ideen

Hätten Sie ein Thema vorzuschlagen? Weitere Ideen, die an den Verfassungsrat weiterzuleiten wären?